



STARK VOR ORT. STARK IM NETZWERK.  
Geschäftsbericht 2012



# GESCHÄFTSBERICHT 2012

**Einundsechzigster Geschäftsbericht der Bundesagentur für Arbeit (BA)**

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 erstattet der Vorstand gemäß § 393 Abs. 2 SGB III den folgenden, vom Verwaltungsrat genehmigten, Geschäftsbericht.\*

\*Ausführungen zum SGB II unterliegen nicht der Genehmigung durch den Verwaltungsrat der BA

Dieser Geschäftsbericht wurde auf 100 Prozent recyceltem Altpapier gedruckt.





” Das Jahr 2012 war geprägt von einer nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik. In diesem Umfeld hat sich dezentrale Arbeitsmarktpolitik bewährt. Arbeitsagenturen und Jobcenter entscheiden vor Ort und binden lokale und regionale Netzwerke mit ein. Denn Hilfe für arbeitssuchende Menschen, gute Beratung und Unterstützung für Unternehmen konkretisiert sich in der Region.

So konnte die Bundesagentur für Arbeit einen Beitrag leisten, die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 1991 zu senken. Das ist für uns Ansporn, den erwarteten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2013 zu verhindern. “

**Heinrich Alt**  
Vorstand Grundsicherung

**Frank-J. Weise**  
Vorsitzender des Vorstands

**Raimund Becker**  
Vorstand Arbeitslosenversicherung

# INHALT



## VORWORT

Vorwort und Bericht des Verwaltungsrats .....	8
--	---

## ARBEITS- UND AUSBILDUNGSMARKT

Arbeitsmarkt .....	12
Soziale Sicherung .....	15
Ausblick 2013 .....	16
Ausbildungsmarkt 2011/2012 .....	17

## DIENSTLEISTUNGEN AM MARKT

Beratung .....	18
Vermittlung .....	21
Chancengleichheit .....	24
Förderung .....	27
Qualifizierung .....	31
Geldleistungen .....	34



## ZIELE, TRANSPARENZ UND NETZWERKE

Ziele und Zielerreichung .....	37
Kommunikation und Transparenz .....	39
Netzwerkarbeit .....	41



## ORGANISATION UND INNOVATION

Interne Weiterentwicklung .....	45
Qualität .....	48
Personalpolitik .....	50
Haushalt und Einkauf .....	54
Informationstechnik .....	56



## ANHANG

Corporate-Governance-Bericht .....	
Statistische Informationen .....	
Vorstand und Verwaltungsrat der BA .....	
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2012 ...	

# VORWORT UND BERICHT DES VERWALTUNGSRATS

Der Verwaltungsrat hat sich 2012 intensiv mit der Entwicklung des Arbeitsmarkts und den Grundlinien der Arbeitsmarktpolitik, der grundsätzlichen geschäftspolitisch-strategischen Ausrichtung der BA, der Entwicklung der Finanzen, der Weiterentwicklung der Organisation und der Informationstechnik befasst. Dabei versteht er sich als Impulsgeber, Berater, Partner und Aufsichtsorgan von Vorstand und Verwaltung der BA.

## FACHKRÄFTESICHERUNG IM FOKUS

Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit des Verwaltungsrats im vergangenen Jahr war die Beobachtung der aktuellen Entwicklung von Fachkräfteengpässen. Deutschland steht aufgrund des demografischen Wandels vor der Herausforderung eines sinkenden Erwerbspersonenpotenzials und alternder Belegschaften. Außerdem gibt es in einzelnen Berufen und Regionen bereits heute einen erkennbaren Mangel an Fachkräften. Der Verwaltungsrat hat daher auch 2012 Initiativen und Programme zur besseren und nachhaltigen Deckung des Fachkräftebedarfs angestoßen bzw. weiter begleitet.

Angesichts des demografischen Wandels und steigender Qualifikationsanforderungen ist die Erschließung weiterer Fachkräftepotenziale eine wichtige Zukunftsfrage für den deutschen Arbeitsmarkt. Verwaltungsrat und Vorstand sind sich einig, dass insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen qualitativ und quantitativ erhöht werden muss. Außerdem sollen die Teilhabe behinderter Menschen verbessert und die Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Migrationshintergrund erschlossen und ausgebaut werden. Da auch unter den arbeitslos gemeldeten Personen ohne Leistungsanspruch ein hohes Fachkräftepotenzial vermutet wird, hat der Verwaltungsrat eine Debatte auf Ebene der Arbeitsagenturen angeregt, um dieses Potenzial gezielt zu aktivieren.

## ERWERB VON BERUFSABSCHLÜSSEN BLEIBT VORRANGIGES ZIEL

Eine zentrale Rolle spielt die vom Verwaltungsrat geforderte stärkere Ausrichtung der beruflichen Weiterbildung auf Maßnahmen, die auf das Erlangen eines Berufsabschlusses abzielen. Zwar hat sich der Trend bei den Fördermaßnahmen im zweiten Halbjahr 2012 bereits zunehmend in Richtung des Erwerbs von Berufsabschlüssen bewegt, hier sind aus Sicht des Verwaltungsrats aber noch weitere Anstrengungen der Verwaltung erforderlich. Insbesondere die Ausrichtung auf längerfristige und nachhaltige Integrationen bleibt eine wesentliche Herausforderung für die BA in den kommenden Jahren.

Auch bei seiner „Initiative zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU)“ richtete der Verwaltungsrat für das Jahr 2012 die Akzente auf den Erwerb von Berufsabschlüssen Geringqualifizierter. Der Verwaltungsrat gab zudem Anregungen, wie das Gelingen dieses Programms in den Unternehmen durch die Verknüpfung mit der „Qualifizierungsberatung für kleine und mittlere Betriebe“ der Arbeitgeber-Services der BA noch stärker befördert werden könnte.

Für Geringqualifizierte ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt anhaltend schwierig, während gleichzeitig an die Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern steigende Anforderungen gestellt werden. Der Verwaltungsrat hat daher den hohen Anteil Geringqualifizierter unter jungen Erwachsenen intensiv diskutiert und regte vielfältige Initiativen zu diesem Themenkomplex an. Außerdem wurde die vom Verwaltungsrat initiierte Weiterbildungsförderung im Rahmen der „Initiative zur Flankierung des

Strukturwandels (IFlaS)“ verstetigt. Sie ermöglicht es, den Strukturwandel zielgerichtet und flexibel abzufedern. Der Fokus ist hierbei künftig noch stärker auf abschlussorientierte Maßnahmen sowie den Erwerb von Teilqualifikationen zu richten. Ziel ist eine dem erworbenen Qualifikationsgrad entsprechende Beschäftigung.

Der Verwaltungsrat unterstützt den Vorstand bei den Initiativen zur Qualifizierung von Altenpflegerinnen und Altenpflegern sowie Erzieherinnen und Erziehern. Der Fachkräftebedarf in diesem Arbeitsmarktsegment wird in den kommenden Jahren noch erheblich steigen. Dem Verwaltungsrat ist dabei wichtig, dass die BA die Finanzierung der Qualifizierung dieser Fachkräfte nicht allein zu tragen hat. Er begrüßt und unterstützt die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ von Bund, Ländern und Verbänden, zu der die BA in zentralen Handlungsfeldern wichtige Beiträge leistet. Der Verwaltungsrat verbindet damit die Erwartung, dass durch die erweiterten Regelungen zur Ausbildungsverkürzung im Altenpflegegesetz Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstärkt die Möglichkeit zu verkürzten zweijährigen Altenpflegeausbildungen erhalten. Sowohl im Bereich der Altenpflege als auch im Erzieherbereich sind in allen Bundesländern weitere Anstrengungen erforderlich, um die Umsetzung beider Qualifizierungsinitiativen zu verbessern.



**Peter Clever**

(Quelle: BDA)

## JUGENDWOHNHEIME ZUR FÖRDERUNG DER MOBILITÄT

In Folge der Instrumentenreform mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt hat der Verwaltungsrat 2012 mehrere Anordnungen erlassen, die die Ausgestaltung einzelner arbeitsmarktpolitischer Leistungen regeln. Besondere Bedeutung hat hierbei die wieder in das Dritte Buch Sozialgesetzbuch aufgenommene Förderung von Jugendwohnheimen. Der Verwaltungsrat hat den gesetzlich vorgegebenen Rahmen ausgefüllt und Förderkriterien festgelegt. Zugleich wurden die Beteiligung Dritter und ein Gesamtkonzept für die Jugendwohnheimförderung in den Bundesländern eingefordert, da der Bau und die Sanierung von Jugendwohnheimen gesamtgesellschaftliche und damit keine alleinigen Aufgaben der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung sind.

## ZUWANDERUNG SOLL ZUSÄTZLICH LÜCKE BEI FACHKRÄFTEN SCHLIESSEN

Mit ihren Bemühungen, auch im Ausland Fachkräfte zu gewinnen, verstärkt die BA ihre Anstrengungen, um die Arbeitskräftenachfrage in Deutschland zu befriedigen. Der Verwaltungsrat hat – der steigenden Bedeutung der Zuwanderung für den deutschen Arbeitsmarkt folgend – seine Aktivitäten in Richtung Europa intensiviert und sich im vergangenen Jahr mit hochrangigen Mitgliedern der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments zu den Themen der Jugendarbeitslosigkeit, Bildung und Beschäftigung sowie der innereuropäischen Mobilität beraten.

Die BA wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit der Durchführung des Sonderprogramms „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ beauftragt. Mit dem Sonderprogramm werden ausländische Jugendliche gezielt auf eine Ausbildung und junge Fachkräfte auf eine Beschäftigung in Engpassberufen in Deutschland vorbereitet. Im Herbst 2012 hat der Verwaltungsrat dazu dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zugestimmt.

## HAUSHALT 2013: PRÄVENTION, FLEXIBILITÄT UND VORSORGE

Mit dem Feststellungsrecht des Haushalts der BA hat der Verwaltungsrat seinen Handlungsspielraum auch in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2013 genutzt. Auf seine Initiative hin kann auch 2013 weiter in präventive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen insbesondere für Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf investiert werden. Zur Verbesserung der Integration von Kundinnen und Kunden mit Vermittlungshemmnissen wird deren Betreuung flächendeckend personell verstärkt. Zudem wurden die Möglichkeiten der Verwaltung, Eingliederungsmittel flexibel einzusetzen und Verpflichtungen für längerfristige, vor allem berufsabschlussorientierte Fördermaßnahmen einzugehen, erheblich ausgeweitet. Der Verwaltungsrat hat sich vorbehalten, bei Bedarf im Eingliederungsbudget reservierte Haushaltsmittel für eine Verstärkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Jahr 2013 freizugeben.

Mehrere Großinsolvenzen im Jahresverlauf, die bei Aufstellung des Haushalts nicht absehbar waren, führten zu höheren Ausgaben beim Insolvenzgeld. Der Verwaltungsrat hat sich zum einen intensiv mit der Vermittlung und Integration der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beschäftigt. Zum anderen hat er zum Ende des Jahres 2012 in überplanmäßige Ausgaben beim Insolvenzgeld eingewilligt, um die Ausgabeverpflichtungen der BA weiter sicherzustellen. Das Klageverfahren der BA gegen die mittelbare Vereinnahmung der überschüssigen Einnahmen aus der Insolvenzgeldumlage 2010 in den Bundeshaushalt wurde am 12. Dezember 2012 vom Bayerischen Landessozialgericht aus formaljuristischen Gründen abgewiesen.

### KAUM RÜCKLAGEN BEI KONJUNKTURELLER SCHWÄCHE



**Annelie Buntenbach**

(Quelle: DGB)

Die Aufstellung des Haushalts 2013 wurde durch politische Entscheidungen gravierend beeinflusst. Auf der Einnahmeseite entfallen ab 2013 komplett die Zuwendungen des Bundes, die die BA seit 2007 aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer allein zur stärkeren Senkung des Beitragssatzes erhalten hatte. Zeitgleich fällt auf der Ausgabenseite mit dem Jahreswechsel der Eingliederungsbeitrag weg, mit dem die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler die steuerfinanzierte Grundsicherung für Arbeitsuchende im Umfang mehrerer Milliarden Euro pro Jahr mitfinanzieren mussten. Netto wird der Haushalt der BA durch diese Änderungen allein im Jahr 2013 um rund zwei Milliarden Euro belastet. Im Saldo ergibt sich für 2013 voraussichtlich ein Defizit von rund 1,14 Milliarden Euro, das den 2012 erwirtschafteten Überschuss von 2,59 Milliarden Euro fast zur Hälfte aufbrauchen wird. Damit ist die Rücklage nach Einschätzung des Verwaltungsrats viel zu gering, um stärkere konjunkturelle Schwächephasen auszugleichen. Aufgrund dieser Ausgangsbedingungen und der starken Konjunkturreagibilität des BA-Haushalts zeichnet sich auch mittelfristig ein ausreichender Aufbau von Rücklagen nicht ab.



## IMPULSE FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DER BA

Bei der umfassenden Neuorganisation der Agenturen für Arbeit, der Regionaldirektionen und der Zentrale der BA hat der Verwaltungsrat der Verwaltung entscheidende Impulse zur Umsetzung gegeben sowie eine offene Kommunikation und enge Einbindung der Beteiligten vor Ort eingefordert. Kern der Reform war die Aufrechterhaltung der Beratungskompetenz in der Fläche und die Verlagerung von Verantwortung von der Zentrale in die einzelnen Dienststellen. Wichtige organisatorische Veränderungen waren die Anpassung der Gebietsgrenzen der Agenturen für Arbeit an die politische Gliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, die Errichtung von Operativen Services sowie die Neustrukturierung der Regionaldirektionen und eine engere Zusammenarbeit mit der Landespolitik. Aufgrund von Neugründungen und Zusammenführungen von Agenturen für Arbeit mussten und müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil erhebliche Veränderungen auf sich nehmen. Bei der Vermittlung der Reformen in den betroffenen Regionen, Agenturen für Arbeit und Verwaltungsausschüssen haben die Mitglieder des Verwaltungsrats den Vorstand und die Verwaltung unterstützt.

Die angestrebte Bündelung von Aufgaben in den Operativen Services wird erst durch die Einführung der elektronischen Akte (eAkte) möglich, die die Aktenführung und damit die Sachbearbeitung sowie Auskunftserteilung an die Kundinnen und Kunden verbessert. Der Verwaltungsrat hat sich 2012 regelmäßig und detailliert über die eAkte informiert und wird sich 2013 über die begonnene flächendeckende Einführung der eAkte und deren Wirtschaftlichkeit unterrichten lassen.

Der Verwaltungsrat hat sich im vergangenen Jahr sehr intensiv mit den Herausforderungen der kommenden Jahre auseinandergesetzt und mit dem Vorstand die Themen einer Agenda „BA 2020“ umfassend diskutiert und sich auf gemeinsame Grundlinien verständigt. Die BA übernimmt Verantwortung für den gesamten Arbeitsmarkt und agiert mit größtmöglicher Transparenz in beiden Rechtskreisen – in der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung ebenso wie in dem von der BA verantworteten Teil der steuerfinanzierten Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Verwaltungsrat wird für den Bereich der Arbeitslosenversicherung den Kurs der BA als gestaltender Akteur am Arbeitsmarkt auch 2013 konstruktiv begleiten und bei der Ausrichtung und Umsetzung der Geschäftspolitik seine Akzente setzen.

**Peter Clever**

Vorsitzender des Verwaltungsrats

**Annelie Buntenschach**

Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats

# ARBEITS- UND AUSBILDUNGSMARKT

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage des Arbeitsmarkts stellen die wesentlichen Rahmenbedingungen für das Handeln der BA dar. Sowohl der Arbeitsmarkt als auch der Ausbildungsmarkt haben sich 2012 relativ gut entwickelt. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren machen sich die schwächeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen jedoch bemerkbar. Insgesamt wird der Arbeitsmarkt aller Voraussicht nach die konjunkturelle Eintrübung im Winter 2012/2013 relativ gut verkraften.

## ROBUSTER ARBEITSMARKT

Trotz der langsameren konjunkturellen Gangart und des Sogs der europäischen Rezession hat sich der Arbeitsmarkt 2012 robust gezeigt. Die Erwerbstätigkeit und darunter vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind 2012 weiter gestiegen, während die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung jahresdurchschnittlich zurückgingen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften lag weiter auf hohem Niveau. Im Jahresverlauf zeigte sich aber in allen Indikatoren eine deutliche Abschwächung der Entwicklung und insbesondere im zweiten Halbjahr wurden Spuren der abgeschwächten wirtschaftlichen Dynamik sichtbar.

## ERWERBSTÄTIGKEIT UND SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIGE BESCHÄFTIGUNG WACHSEN WEITER

Die Erwerbstätigkeit<sup>1</sup> ist 2012 gegenüber dem Vorjahr deutlich gewachsen. Mit 41,61 Millionen erwerbstätigen Menschen wurde ein neuer Höchstwert seit der Wiedervereinigung erreicht. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ging vor allem auf mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zurück. Leichte Zuwächse gab es auch bei der Selbständigkeit, wohingegen die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten rückläufig war.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung lag im Juni 2012 bei 28,92 Millionen Personen, ein Niveau wie zuletzt zu Beginn der 90er Jahre. Dabei hat in den letzten 20 Jahren aufgrund des Strukturwandels hin zu mehr Dienstleistungen und einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen die Teilzeitbeschäftigung stark zugenommen. Der Beschäftigungsaufbau zeigte sich mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt in allen Bundesländern, am stärksten in Berlin, Niedersachsen und Bayern. Auch die Branchenbetrachtung machte im Vorjahresvergleich überwiegend Beschäftigungszuwächse deutlich. Das größte absolute Plus gab es in den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Zeitarbeit), im Verarbeitenden Gewerbe und im Gesundheits- und Sozialwesen. Rückgänge gab es hingegen in der Zeitarbeit und in der Öffentlichen Verwaltung.

---

<sup>1</sup> Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die für mindestens eine Stunde pro Woche in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben.

## ARBEITSLOSIGKEIT: RÜCKGANG IM JAHRESDURCHSCHNITT, ABER ANSTIEG IM JAHRESVERLAUF

2012 waren jahresdurchschnittlich 2,90 Millionen Menschen arbeitslos, 79.000 weniger als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) ist 2012 auf 6,8 Prozent zurückgegangen. Das ist der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 1991. Der Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl beruht jedoch auf der guten Entwicklung des Jahres 2011, das mit einem sehr niedrigen Arbeitslosenbestand zum Jahresanfang einherging. Im Jahresverlauf 2012 ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Dieser Anstieg geht einzig auf den Bereich der Arbeitslosenversicherung zurück und hängt u.a. mit dem geringeren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie zum Beispiel dem Gründungszuschuss zusammen. Gleichzeitig war die wirtschaftliche Dynamik nicht mehr stark genug, um diesen Einfluss auszugleichen.

Hinter den Arbeitslosenbeständen verbirgt sich viel Dynamik. Im Jahresverlauf meldeten sich 7,77 Millionen Menschen arbeitslos, während gleichzeitig 7,72 Millionen Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten. Sowohl Zu- als auch Abgänge gingen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück. Verschiedenste Gründe sind ursächlich für die An- oder Abmeldung von Arbeitslosigkeit. Neben dem unmittelbaren Austausch mit dem 1. Arbeitsmarkt fallen darunter auch Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit, etwa durch Arbeitsunfähigkeit oder Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Aus einer Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt meldeten sich 2012 2,74 Millionen Personen arbeitslos, 2,21 Millionen Menschen konnten ihre Arbeitslosigkeit wieder beenden, weil sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen haben.

Das Risiko, aus einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung heraus arbeitslos zu werden, war 2012 relativ gering und hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar noch verringert. Rein rechnerisch wurden monatlich neun von 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitslos. Allerdings haben sich andererseits die Chancen für Arbeitslose verschlechtert, eine Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt zu finden; der Arbeitsmarkt ist für sie weniger aufnahmefähig gewesen als in den beiden Vorjahren.

In nahezu allen Bundesländern ist 2012 die Zahl der arbeitslosen Menschen gesunken. Die stärksten Abnahmen gab es in den ostdeutschen Ländern Sachsen und Berlin. Anstiege gab es dagegen vor allem in westdeutschen Regionen mit grundsätzlich guter Arbeitsmarktlage und einer an sich geringen Arbeitslosigkeit.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt konnten Frauen etwas stärker profitieren als Männer. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist auf 6,8 Prozent gesunken und lag damit geringfügig unter der Quote der Männer (6,9 Prozent). Im Vergleich zu allen Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen unter 25 Jahren 2012 weniger deutlich gesunken. Dies dürfte daran liegen, dass die Arbeitslosigkeit Jugendlicher konjunktur reagibler ist: Während die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten beiden Jahren deutlich zurückgegangen ist, machte sich 2012 die verlangsamte konjunkturelle Gangart bemerkbar. Mit 5,9 Prozent lag die Arbeitslosenquote von Jugendlichen aber auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.

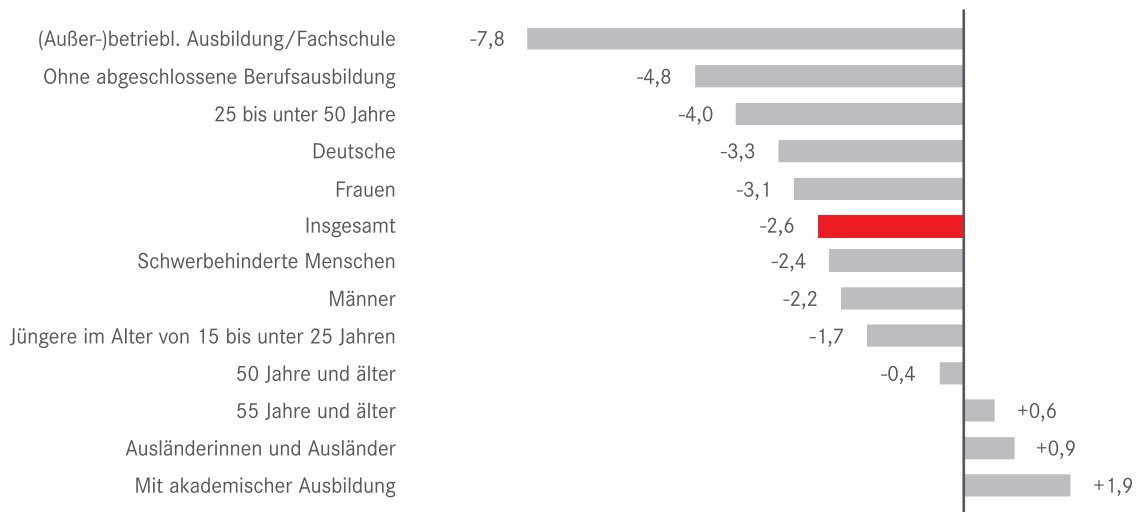
Die schwächere konjunkturelle Entwicklung dürfte auch der Grund dafür sein, dass 2012 die Arbeitslosigkeit von Ausländerinnen und Ausländern im Jahresdurchschnitt gestiegen ist, da sie häufig in Branchen beschäftigt sind, die sensibel auf wirtschaftliche Veränderungen reagieren. Nach wie vor sind Menschen mit einem ausländischen Pass – meistens aufgrund fehlender formaler Qualifikationen – wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote war mit 14,3 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen mit 6,2 Prozent.

Auch Menschen im Alter von 50 Jahren und älter sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, da es ihnen oft schwer fällt, wieder eine Beschäftigung zu finden, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind. Die Arbeitslosenquote der ab 50-Jährigen lag 2012 bei 7,7 Prozent und die der ab 55-Jährigen bei durchschnittlich 8,2 Prozent. 2012 ist die Arbeitslosigkeit von Personen im Alter ab 50 Jahren minimal gesunken; bei Menschen über 55 Jahren gab es einen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Die jahresdurchschnittliche Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen hat 2012 abgenommen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen blieb allerdings in Folge einer steigenden Zahl schwerbehinderter Menschen wegen der Alterung der Erwerbsbevölkerung unverändert bei 6,1 Prozent.

### Arbeitslosigkeit nach Personengruppen

Veränderung des Jahresdurchschnitts 2012 gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die jahresdurchschnittliche Unterbeschäftigung (einschließlich Kurzarbeit) könnte nach ersten Schätzungen auf 3,93 Millionen zurückgegangen sein. Im langfristigen Vergleich ist das der niedrigste Wert für die Unterbeschäftigung, seit es Aufzeichnungen hierzu gibt (1992). Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) belief sich auf 3,89 Millionen. Das Minus gegenüber dem Vorjahr fällt stärker aus als bei der Arbeitslosigkeit, da die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente, insbesondere die Förderung der Selbständigkeit, weiter abgenommen hat. Rückgänge gab es aber auch bei Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, bei beruflicher Weiterbildung und Aktivierungsmaßnahmen.

### ARBEITSKRÄFTENACHFRAGE AUF HOHEM NIVEAU RÜCKLÄUFIG - IN EINZELNEN BERUFEN STEIGENDE FACHKRÄFTEENGPÄSSE

Der Bestand der gemeldeten Stellen blieb mit jahresdurchschnittlich knapp einer halben Million gegenüber dem Vorjahr stabil. Im Jahresverlauf 2012 hat die Nachfrage nach Arbeitskräften aber erkennbar nachgelassen. Der BA-Stellenindex BA-X verlor seit seinem Allzeithoch vom Dezember 2011 23 Punkte und ging bis zum Jahresende 2012 auf 157 Punkte zurück. Die Betriebe zeigten sich angesichts wirtschaftlicher Unsicherheiten insgesamt vorsichtiger, was weitere Neueinstellungen anging. Im längerfristigen Vergleich lag der Kräftebedarf aber nach wie vor auf hohem Niveau.

2,02 Millionen Stellen wurden im Laufe des Jahres bei der BA an- und 2,07 Millionen Angebote abgemeldet, etwas weniger als im Vorjahr. Große Nachfrage kam dabei aus der Zeitarbeit, dem Handel, der Bauinstallation oder dem Gesundheits- und Sozialwesen. Zu dem noch immer hohen Nachfrage-niveau nach Arbeitskräften trägt insbesondere das Beschäftigungsplus der letzten Jahre bei, das mit mehr offenen Stellen einhergeht. Zudem gelingt es Betrieben nicht immer, Stellen zeitnah zu besetzen. So stieg die Vakanzzeit auf 77 Tage an. Die längere Suche spiegelt sich ebenfalls im hohen Niveau wider. Darüber hinaus greifen Unternehmen bei der Arbeitskräftesuche vermehrt auf die Unterstützung der BA zurück: Nach Untersuchungen des IAB wird mittlerweile gut jede zweite Stelle bei der BA gemeldet.

Aktuell zeigt sich kein flächendeckender Fachkräftemangel in Deutschland. Es gibt jedoch Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern, vorrangig in den westlichen Bundesländern, sowie bundesweit in Gesundheits- und Pflegeberufen. Im Vergleich zu früheren Engpassanalysen der BA zeigt sich, dass zum einen die Zahl der Berufe, in denen Fachkräfte fehlen, gestiegen ist, und sich zum anderen bestehende Engpässe verschärft haben.

#### KONJUNKTURELLE KURZARBEIT STEIGT ZUM JAHRESENDE AN

Die Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit hat bis in die Sommermonate hinein abgenommen und im August 2012 mit 34.000 Kurzarbeitern ihren Jahrestiefststand erreicht. Seither sind die Kurzarbeiterzahlen aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung wieder gestiegen und lagen im Oktober 2012 bei 72.000. Im langjährigen Vergleich ist dies ein relativ niedriges Niveau. Während der Wirtschaftskrise 2009 waren bis zu 1,44 Millionen Menschen in Kurzarbeit.

#### SOZIALE SICHERUNG BEI ARBEITSLOSIGKEIT: ZAHLE DER LEISTUNGSEMPFÄNGER AUF TIEFSTAND

Die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld haben 2012 848.000 Menschen erhalten (Frauenanteil: 45 Prozent). In 2,54 Millionen Fällen wurde Arbeitslosengeld neu bewilligt, 2,48 Millionen Mal haben Menschen ihren Arbeitslosengeldanspruch beendet, darunter in 1,41 Millionen Fällen durch eine Arbeitsaufnahme. Bei 534.000 Menschen war der Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft. Die durchschnittliche monatliche Anspruchshöhe betrug bundesweit 820 Euro (ohne Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung). Nach Geschlecht und Familienstatus differenziert, reichte die Spanne durchschnittlich von 660 Euro für verheiratete Frauen mit Kind bis zu 1.149 Euro für verheiratete Männer mit Kind.

In der steuerfinanzierten Grundsicherung für Arbeitsuchende erhielten 2012 4,44 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und 65 Jahren (Frauenanteil: 51 Prozent) und 1,70 Millionen nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte – überwiegend Kinder unter 15 Jahren – Leistungen. Von den 4,44 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren rund zwei Fünftel arbeitslos gemeldet (Frauenanteil: 47 Prozent). 2,55 Millionen Menschen erhielten Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ohne arbeitslos zu sein. Dass ein Großteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher nicht arbeitslos ist, liegt daran, dass diese Personen beispielsweise erwerbstätig sind, an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, kleine Kinder betreuen, Angehörige pflegen oder sich noch in der Ausbildung befinden.

1,33 Millionen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Stand: August 2012) waren erwerbstätig, konnten aber kein existenzsicherndes (Familien-)Einkommen erzielen und erhielten daher ergänzende Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Knapp die Hälfte von ihnen war ausschließlich geringfügig, und 44 Prozent waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt – davon drei Fünftel in Vollzeit. Jeder Zehnte war selbständig erwerbstätig.

2012 erhielt eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft mit 1,8 Personen 818 Euro an Geldleistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Rechnet man die Sozialversicherungsbeiträge bzw. -zuschüsse und einmalige Leistungen heraus, erhielt eine Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt 682 Euro. Die Gesamtgeldleistungen variieren deutlich nach Haushaltsform. Sie reichen von durchschnittlich 714 Euro für Alleinstehende bis zu 1.122 Euro für Paare mit einem oder mehreren Kindern.

Insgesamt erhielten im Jahresdurchschnitt 2012 5,20 Millionen erwerbsfähige Menschen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II (Frauenanteil: 51 Prozent). Damit haben so wenige Menschen Leistungen aus beiden Sicherungssystemen bezogen wie in keinem Jahr zuvor seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende 2005.

### AUSBLICK 2013: ARBEITSMARKT WIRD KONJUNKTURDELLE VERKRAFTEN

Nach einer konjunkturellen Eintrübung im Winter 2012/2013 prognostiziert das IAB für das Jahr 2013 wieder eine Erholung mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent. Der Arbeitsmarkt dürfte relativ robust auf die Konjunkturdelle reagieren: Angesichts der positiven Erfahrungen in der zurückliegenden Wirtschaftskrise und gut gefüllten Arbeitszeitpolstern dürften die Betriebe bemüht sein, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell möglichst zu halten.

Im Jahresdurchschnitt 2013 wird der IAB-Prognose zufolge die Arbeitslosigkeit leicht um 40.000 auf 2,93 Millionen Personen steigen. Von dieser Zunahme würden dann 30.000 auf die Arbeitslosenversicherung und 10.000 auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende entfallen. Dagegen dürfte die Erwerbstätigkeit noch einmal moderat um 200.000 Personen zulegen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sogar um 290.000. Das Erwerbspersonenpotenzial sinkt leicht um 20.000 auf 45,16 Millionen Menschen, da der negative demografische Effekt die starke Zuwanderung ausgleicht. Die Stille Reserve geht um 110.000 Personen zurück. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Kopf wird leicht um 0,2 Prozent sinken.

Mit der anziehenden Konjunktur wird es im Verlauf des Jahres 2013 auch wieder Verbesserungen am Arbeitsmarkt geben. An den stark positiven Trend der letzten Jahre kann er aber nicht wieder anknüpfen. Eine wesentliche Herausforderung liegt darin, neue Dynamik am Arbeitsmarkt auszulösen und zugleich die Qualität der Beschäftigung zu stärken.

---

#### Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung 2012 bis 2013

	2012	Punktprognose 2013	Prognoseintervall 2013	
			von	bis
<b>Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt</b>				
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+0,7	+0,8	-0,4	+2,0
<b>Erwerbstätige</b>				
Jahresdurchschnitte in 1.000	41.613	41.817	41.597	42.037
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+449	+204	-16	+424
<b>Arbeitslose</b>				
Jahresdurchschnitte in 1.000	2.897	2.934	3.074	2.794
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	-79	+37	+177	-103

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IAB

## AUSBILDUNGSMARKT 2011/2012: INSGESAMT POSITIVE ENTWICKLUNG

Die Situation am Ausbildungsmarkt stellte sich 2012 alles in allem positiv dar. Die gute Entwicklung der Vorjahre konnte allerdings nicht in allen Punkten fortgeschrieben werden. Insbesondere die Herausforderung, Jugendliche und Betriebe regional, berufsfachlich und qualifikatorisch zusammenzubringen, ist größer geworden.

Die Zahl der Ausbildungssuchenden ist – auch in Folge doppelter Abiturjahrgänge – gestiegen. Die gute wirtschaftliche Lage und die Bestrebungen der Unternehmen, sich Fachkräfte zu sichern, haben dazu geführt, dass Betriebe mehr, aber auch früher ihre Ausbildungsstellen meldeten. Insgesamt überstieg die Bewerberzahl aber die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen.

Zum 30. September 2012 hatte, ähnlich wie im Vorjahr, gut die Hälfte der Bewerberinnen und Bewerber eine Ausbildung gefunden. Über ein Viertel entschied sich für einen weiteren Schulbesuch, ein Studium, einen Freiwilligendienst oder nahm eine berufsvorbereitende Fördermaßnahme, eine Einstiegsqualifizierung bzw. eine Arbeit auf.

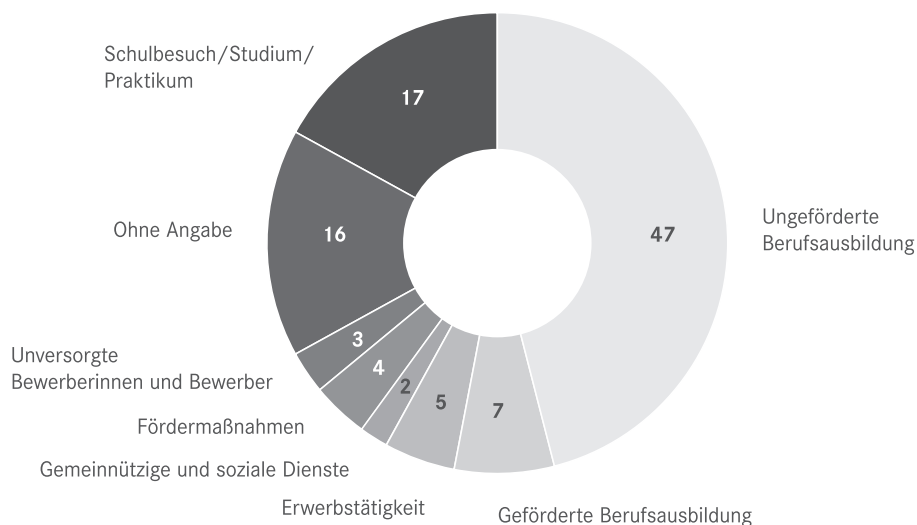
Mit 16.000 Personen (3 Prozent aller Ausbildungsplatzsuchenden) waren Ende September mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder Alternative als im Vorjahr. Auch die Anzahl der noch unbesetzten Berufsausbildungsstellen (33.000) fiel höher aus als 2011 und überstieg auch 2012 die Zahl der unversorgten Bewerber.

Bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen gab es im Vergleich zu 2011 ein Minus. Zudem gelingt es nicht jedem Jugendlichen, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen. Erfahrungsgemäß wird über ein Fünftel der Ausbildungsverträge wieder gelöst, weil z.B. der gewählte Beruf nicht den Vorstellungen der jungen Menschen entspricht oder Betrieb und Jugendliche nicht zusammenpassen.

---

### Verbleib der gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen

30. September 2012, Anteile in Prozent



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

# DIENSTLEISTUNGEN AM MARKT

Beraten, Vermitteln und Fördern sind neben der sozialen Absicherung während der Arbeitslosigkeit die zentralen Dienstleistungen der BA für ihre Kundinnen und Kunden. Für Personen mit besonderen Anliegen gibt es spezielle Angebote. So erhalten beispielsweise Jugendliche am Übergang von der Schule ins Berufsleben auf ihre Situation zugeschnittene Dienstleistungen, Kundinnen und Kunden mit besonderem Beratungsbedarf werden intensiver betreut, Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer erhalten an ihre Bedürfnisse angepasste Informationsangebote. Die Vermittlungsfachkräfte der BA können auf ein breites Spektrum von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zurückgreifen, die den Kundinnen und Kunden den Weg in Arbeit ebnen oder ihre Beschäftigungschancen verbessern. Angesichts des steigenden Fachkräftebedarfs spielt die Qualifizierung eine wichtige Rolle. Insbesondere der Erwerb von Berufsabschlüssen und die Förderung von Geringqualifizierten sind wichtige Schritte zur Sicherung inländischer Fachkräftepotenziale.

## BERATUNG

### INDIVIDUELLE UNTERSTÜTZUNG BEIM ÜBERGANG VON DER SCHULE IN DAS BERUFSLEBEN

Junge Menschen stehen nach der Schule vor der Aufgabe, eine individuell richtige Entscheidung für einen Ausbildungsberuf oder einen Studiengang zu treffen. Neben den Arbeitsmarktperspektiven spielen bei dieser Entscheidung die persönlichen Interessen und Fähigkeiten eine wichtige Rolle. Hier unterstützt die BA die Jugendlichen mit ihrem Dienstleistungsangebot.

Eine frühzeitige, interessensunabhängige Berufsorientierung schafft Transparenz über die unterschiedlichen Ausbildungsoptionen und ist die Grundlage für eine tragfähige Berufswahl. Die BA hält hierfür ein umfangreiches Informationsangebot sowohl in Printform als auch online vor und führt an den Schulen, in den Berufsinformationszentren und im Rahmen von Messen berufswahlbezogene Veranstaltungen durch. Eine Veranstaltungsdatenbank verschafft einen Überblick über aktuelle Berufsorientierungsangebote der Agenturen für Arbeit und weiterer Anbieter. Diese werden ergänzt durch die vertiefte Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler aus allgemeinbildenden Schulen. Wesentliche Elemente dabei waren auch 2012 die Vermittlung von Praxiseinblicken und die berufsbezogene Auseinandersetzung mit Fähigkeiten, Stärken und Interessen der Jugendlichen.

### GIRLS' DAY UND BOYS' DAY

Um Mädchen und Jungen bisher unbekannte Berufswelten zu eröffnen, wurden die bundesweiten Zukunftstage Girls' Day und Boys' Day ins Leben gerufen. Die BA unterstützt seit der ersten Stunde beide Zukunftstage, um so das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen zu erweitern und ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten zu vergrößern. Auf Bundesebene arbeitet sie in den Lenkungsgremien mit, fördert Einzelprojekte wie z.B. den Girls' Day-Parcours und die Boys' Day-Wanderausstellung und gibt Publikationen wie das planet-beruf.de-Sonderheft „MINT & SOZIAL for you“ oder das abi.de-Sonderheft „Typisch Frau, typisch Mann?“ heraus. Regional unterstützt sie entsprechende Arbeitskreise und bietet zahlreiche themenbezogene Aktionen an.



Die zentrale Unterstützungsleistung bei der Berufswahl stellt das individuelle Beratungsgespräch dar. Hier werden die persönlichen Vorstellungen, Anliegen und Fragen der Jugendlichen besprochen. Dabei kann es um Informationswünsche, Entscheidungshilfen oder auch den Wunsch nach Unterstützung bei der Stellensuche gehen. Im Gespräch werden je nach Anlass das persönliche Profil und die individuellen Vorstellungen mit den Anforderungen und Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abgeglichen. Die Beratung baut dabei auf den Selbstinformations- und Selbsterkundungsangeboten auf, bewertet deren Ergebnisse und führt sie mit den persönlichen Anliegen der jungen Menschen zusammen. Dabei gilt es, das Beratungsangebot der BA sukzessive auf neue Kommunikationskanäle auszudehnen, um junge Menschen noch besser zu erreichen.

Bei der Besetzung betrieblicher Ausbildungsstellen unterstützt die BA Jugendliche und Betriebe durch die Zusammenführung von Bewerberinnen und Bewerbern und Ausbildungsstellen. Dabei arbeiten die Arbeitgeber-Services der Agenturen für Arbeit eng mit den Unternehmen vor Ort zusammen.

#### ARBEITSBÜNDNIS JUGEND UND BERUF

Von 2010 bis 2012 wurden an 20 Standorten Wege und Verfahrensweisen entwickelt, um die Zusammenarbeit zwischen der kommunalen Jugendhilfe, der gemeinsamen Einrichtung und der Berufsberatung zu verbessern. Die unterschiedlichen Ansätze wurden gemeinsam mit zahlreichen Praxistipps und guten Beispielen in der Broschüre „Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ zusammengefasst und dokumentiert. Die Broschüre möchte möglichst viele Akteure zur Mitarbeit im jeweiligen kommunalen Raum anregen, um die Integration besonders förderungsbedürftiger Jugendlicher weiter zu verbessern.



Neben der BA sind am Übergang von der Schule in den Beruf zahlreiche weitere Akteure tätig, die sich mit Aktionen und Förderprogrammen engagieren, um Jugendliche und Betriebe bzw. Schulen oder Hochschulen zusammenzubringen. Die BA ist mit zentralen Partnern in diesem Feld vernetzt, damit die Kompetenzen aller Akteure möglichst umfassend und wirksam im Berufswahlprozess der Schülerinnen und Schüler genutzt werden können. So kooperiert sie unter anderem mit der Bundesarbeitsgemeinschaft „SCHULEWIRTSCHAFT“ und dem Projekt „Starke Schule“ der Hertie-Stiftung. Außerdem unterstützt die BA das Kompetenzzentrum „Technik – Diversity – Chancengleichheit e.V.“ bei der Durchführung des jährlichen Girls' Day und Boys' Day und ist aktives Mitglied im Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen.

Die Broschüre „Chancen ergreifen im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf“ finden Sie unter [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

- Institutionen
- Behörden
- Broschüren



Seit 2004 arbeitet die BA im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs mit. Dieser Pakt von Bundesregierung, Kultusministerkonferenz und Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft wurde geschlossen, um jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsangebot zu machen und den Fachkräftenachwuchs zu sichern. Ein weiteres wichtiges Ziel ist auch hier die Optimierung des Übergangs von der Schule in den Beruf, um möglichst allen jungen Menschen dauerhaft eine Chance zur Teilhabe auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu eröffnen.

#### BERATUNGSKONZEPTION IN DEN JOBCENTERN GOTHA UND DORTMUND

Eine professionelle Beratung ist ein Erfolgsfaktor der Integrationsarbeit. Seit März 2012 wird die Beratungskonzeption für die Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Jobcentern Gotha und Dortmund erprobt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen, wie sie Beratungsgespräche mit Kundinnen und Kunden ergebnisorientiert strukturieren, mit Widerständen umgehen und anspruchsvolle Gesprächssituationen meistern können. Die Schulungen sind auf die Bedürfnisse des jeweiligen Jobcenters zugeschnitten und berücksichtigen eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis. Ende 2012 wurde die Beratungskonzeption an 20 weiteren Standorten eingeführt, ab 2013 können alle interessierten Jobcenter das Angebot einer professionellen Beratungskompetenz nutzen.



#### INTERNE GANZHEITLICHE INTEGRATIONSBERATUNG ERMÖGLICHT ENGEN KUNDENKONTAKT

Die „Interne ganzheitliche Integrationsberatung (Inga)“ sieht eine optimierte Betreuungsrelation von einem Integrationsberater zu rund 65 Personen mit besonderen Problemlagen vor. Sie ermöglicht so einen engen, unmittelbaren und individuellen Kundenkontakt, der den Aufbau einer intensiven und persönlichen Dienstleistungsbeziehung fördert. Außerdem bleibt mehr Zeit für notwendige und bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen wie z.B. Bewerbungskoaching oder assistierte Vermittlungsarbeit, bei der eine Kundin oder ein Kunde auf Wunsch zu Terminen begleitet werden kann. Nach der Modellerprobung wurde ab 2012 die stufenweise Flächeneinführung der internen ganzheitlichen Integrationsberatung in allen Agenturen für Arbeit als neues Dienstleistungsangebot beschlossen und ist mittlerweile in 55 Arbeitsagenturen etabliert.

#### KOOPERATIONSVEREINBARUNG MIT DEM SPITZENVERBAND DER GESETZLICHEN KRANKENKASSEN

Die BA hat sich im Februar 2012 mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen und den Verbänden der Krankenkassen auf eine „Empfehlung zur Zusammenarbeit beim Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheit“ verständigt. Gemeinsames Ziel ist es, die gesundheitliche Leistungs- und Beschäftigungsfähigkeit von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Die Empfehlung dient als Orientierungsrahmen für lokale und regionale Kooperationen. Diese werden im Rahmen von verschiedenen Handlungsfeldern initiiert, fortgeführt oder vertieft und durch eine strategische Kooperation auf Bundesebene und eine trägerübergreifende Lenkungsgruppe begleitet.



## VERMITTLUNG

### „4PM+1“: BETREUUNG ÜBER DIE VERMITTLUNG HINAUS

Das „4-Phasen-Modell (4PM)“ der BA wird seit 2009 als Integrationskonzept bundesweit eingesetzt, um auf der Basis des individuellen Unterstützungsbedarfs der Kundinnen und Kunden Handlungs- und Lösungsräume zur (Re-)Integration in den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt zu finden. Vor dem Hintergrund, dass in der Grundsicherung für Arbeitsuchende trotz der erfolgreichen Integration zwei Fünftel der Beschäftigungsverhältnisse innerhalb von sechs Monaten wieder enden, wurde die Beratungsdienstleistung „4PM+1 zur Stabilisierung von neu begründeten Beschäftigungsverhältnissen“ konzipiert: Kundinnen und Kunden der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen, werden für einen Zeitraum von ca. sechs Monaten durch die Vermittlungs- und Beratungsfachkräfte weiter betreut. Dadurch sollen Risiken, die das Arbeitsverhältnis insbesondere in der Anfangsphase gefährden, frühzeitig erkannt und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden, um das Arbeitsverhältnis zu stabilisieren. In diesem Sinne stellt die Nachbetreuung einen neuen Präventionsansatz dar. Von Mai 2012 bis Mai 2013 wird das Konzept an den Standorten Aachen und Erfurt für einen bundesweiten Einsatz erprobt.

#### 4 PM+1 IN AACHEN UND ERFURT

An den Pilotierungsstandorten der StädteRegion Aachen und Erfurt sind insgesamt zwölf Dienststellen des Jobcenters sowie jeweils der gemeinsame Arbeitgeber-Service an der Erprobung der Beratungsdienstleistung 4PM+1 beteiligt. Seit Mai 2012 sammeln die Vermittlungsfachkräfte Erfahrungen im Umgang mit der Beratung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkunden nach Beginn eines neuen Beschäftigungsverhältnisses. Erkenntnisse aus Prozessbeobachtungen, gemeinsamen Workshops mit der Projektgruppe sowie Hinweise und Anregungen der Fachkräfte liefern wichtige Impulse für die praxisorientierte Weiterentwicklung der Beratungsdienstleistung. Die Erprobungsphase wird voraussichtlich im Mai 2013 abgeschlossen sein.



### BESCHÄFTIGUNGSORIENTIERTES FALLMANAGEMENT: GANZHEITLICHER ANSATZ

Personen, die schon länger Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten, profitieren aktuell nur unterdurchschnittlich von der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt. Häufig stehen einer Arbeitsaufnahme mehrere Vermittlungshemmnisse entgegen. Zu diesen gehören z.B. fehlende aktuelle Qualifikationen, gesundheitliche Einschränkungen, eine schwierige finanzielle Lage und/oder problematische Wohnbedingungen. Oftmals treten diese Hemmnisse kumuliert auf, so dass sich für die Arbeit in den Jobcentern besondere Herausforderungen ergeben.

Das beschäftigungsorientierte Fallmanagement stellt einen systematischen Ansatz dar, um die genannten Hindernisse nachhaltig zu beheben und den Kundinnen und Kunden eine Beschäftigungsaufnahme zu ermöglichen. Damit leistet es zugleich einen wichtigen Beitrag, um Langzeitleistungsbezug zu beenden oder sogar ganz zu vermeiden. Künftig soll dieses Ziel durch eine Verbesserung der Fallsteuerung und -dokumentation noch stärker betont werden.

## BERLINER JOBOFFENSIVE

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt „Berliner Joboffensive“ der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg startete am 1. Juni 2011 mit den zwölf Berliner Jobcentern. In spezialisierten Teams betreut eine Vermittlungsfachkraft maximal 100 Kundinnen und Kunden, für die individuelle Arbeitsmarktlösungen gesucht werden. Durch das Projekt sollen die Chancen des Arbeitsmarkts noch umfassender genutzt werden, damit mehr Menschen in dauerhafte und existenzsichernde Arbeit kommen. In der Folge können die Sozialausgaben sinken. Aufgrund der ermutigenden Projektergebnisse wird die „Joboffensive“ auf weitere Regionen ausgeweitet: So begannen die Jobcenter Köln und Dortmund Ende 2012 mit der Umsetzung.



## JOBBÖRSE FÖRDERT SCHNELLEN ARBEITSMARKTAUSGLEICH

Die schwächere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland spiegelt sich auch in der JOBBÖRSE der BA wider. So war die Zahl der veröffentlichten Stellenangebote im vergangenen Jahr leicht rückläufig, lag aber immer noch auf hohem Niveau: In der JOBBÖRSE waren im Jahresverlauf regelmäßig mehr als eine Million Stellen veröffentlicht. Außerdem präsentierten sich rund 2,8 Millionen Bewerberinnen und Bewerber mit ihren Profilen in der JOBBÖRSE. Dies waren 9 Prozent weniger als im vergangenen Jahr.

Unberührt von dieser Entwicklung zeigen sich dagegen die Nutzerzahlen. Diese sind mit durchschnittlich 800.000 Besucherinnen und Besuchern und 16 Millionen Seitenaufrufen pro Tag konstant auf sehr hohem Niveau geblieben. Die JOBBÖRSE gilt damit als die meistbesuchte Stellenbörse im deutschsprachigen Internet. Sie leistet als moderne und zeitgemäße E-Government-Anwendung einen wichtigen Beitrag zum schnellen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt. Eine besondere Herausforderung für die kommenden Jahre ist die Weiterentwicklung der E-Government-Angebote im Sinne der Kundenerwartungen bezüglich weiterer Online-Dienstleistungen.

## ZAV NIMMT BESONDERE VERMITTLUNGSAUFGABEN WAHR

Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) ist der Ansprechpartner in der BA für den internationalen Arbeitsmarkt und die Vermittlung besonderer Berufsgruppen inner- und außerhalb Deutschlands. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist Zuwanderung ein unverzichtbarer Baustein zur Deckung des Fachkräftebedarfs. Wenn Stellenangebote nicht mit inländischen Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden können, sucht die ZAV vor allem in solchen Ländern, in denen aufgrund hoher Arbeitslosigkeit ein entsprechendes Bewerberpotenzial besteht. 2012 wurde ein Bewerberpool mit rund 4.000 Bewerberinnen und Bewerbern aufgebaut, und über 760 Fachkräfte aus dem Ausland wurden erfolgreich nach Deutschland vermittelt.

Die Managementvermittlung der ZAV unterstützt und berät bei Stellenbesetzungen auf Führungsebene. Zum Kundenkreis gehören obere Führungskräfte, die eine neue Stelle suchen ebenso wie Beschäftigte, die eine Karriereberatung wünschen. Das Spektrum der Arbeitgeberkunden umfasst mittelständische Betriebe und renommierte Großunternehmen aus dem In- und Ausland.

Das Dienstleistungsangebot der ZAV-Großkundenbetreuung richtet sich nach den speziellen Strukturen und Bedarfen von Großunternehmen. An den Standorten Bonn, Berlin und München beraten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Großkundenbetreuung zu den Entwicklungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, koordinieren die überregionale bundesweite Rekrutierung von Nachwuchs-, Fach- und Führungskräften, unterstützen die Unternehmen mit ihren nationalen und internationalen Kontakten und stellen ihr Branchen-Know-how zur Verfügung.

JOBBÖRSE 

Die mobile JOBBÖRSE finden Sie unter [jobboerse.mobil.arbeitsagentur.de/](http://jobboerse.mobil.arbeitsagentur.de/)



## DIENSTLEISTUNGEN DER FACHDIENSTE UNTERTÜTZEN BERATUNGS- UND VERMITTLUNGSFACHKRÄFTE

### **Ärztlicher Dienst: Gutachten sind Grundlage für Integrationsstrategien**

Der Ärztliche Dienst der BA unterstützt mit seinen Dienstleistungen die Fachkräfte aus dem Beratungs-, Vermittlungs-, Leistungs- oder Rehabilitationsbereich der Arbeitsagenturen und der gemeinsamen Einrichtungen. Auf der Basis seiner ärztlichen Gutachten werden unter anderem Entscheidungen über erforderliche Maßnahmen für die Kundinnen und Kunden der BA zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit und zur Integration in den Arbeitsmarkt getroffen. Die ärztlichen Stellungnahmen sind eine wichtige Grundlage beim Profiling, bei der Erarbeitung und Vereinbarung von Integrationsstrategien, beim Fallmanagement und bei der Integrations- und Hilfeplanung. 2012 hat der Ärztliche Dienst zu rund 481.000 Kundinnen und Kunden Begutachtungen bzw. Beratungen durchgeführt, davon ca. die Hälfte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Darüber hinaus war der Ärztliche Dienst auch personal- und betriebsärztlich tätig.

### **Berufspsychologischer Service: Kompetenzfeststellung macht Stärken sichtbar**

Der Berufspsychologische Service bietet den Vermittlungsfachkräften passgenaue Dienstleistungen zur Unterstützung der täglichen Arbeit mit den Kundinnen und Kunden an. 2012 wurden rund 250.000 Kundinnen und Kunden beider Rechtskreise begutachtet und beraten. In etwa 60.000 Fällen haben die Jobcenter den Berufspsychologischen Service direkt beauftragt.

Vier neue Dienstleistungen zur Kompetenzfeststellung stellen die überfachlichen Kompetenzen in den Mittelpunkt und helfen, die Stärken und Talente der Kundinnen und Kunden sichtbar zu machen: Ein Fragebogen zur Selbsteinschätzung von Verhalten im Berufsleben bietet den Kundinnen und Kunden einen Kompetenzüberblick sowie die Möglichkeit zur Selbstreflexion ihrer Stärken. Ein Test zur Erfassung der Auffassungsgabe liefert eine Aussage zur intellektuellen Leistungsfähigkeit, so dass passende Qualifizierungen ausgewählt werden können. Die Begutachtung der Leistungsorientierung hilft, motivationale Ressourcen zu erkennen. Bei der Bearbeitung von Assessment-Center-Übungen zeigen die Kundinnen und Kunden ihre sozial-kommunikativen Stärken. Seit Januar 2012 wurden parallel in den Agenturen für Arbeit und 204 Jobcentern die neuen Dienstleistungen eingeführt. Damit konnten Ende 2012 über 21.000 Vermittlungsfachkräfte beider Rechtskreise die Kompetenzdienstleistungen nutzen. 2013 wird die Einführung in weiteren interessierten Jobcentern fortgeführt.

### **Technischer Beratungsdienst: Berät in Fragen rund um die Arbeitsplatzgestaltung**

Im Mittelpunkt der Arbeit des Technischen Beratungsdienstes der BA stehen die behinderungsgerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen, die Sicherstellung der Mobilität sowie die Qualitätssicherung von Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung behinderter Menschen. Darüber hinaus sind die Technischen Beraterinnen und Berater an der Qualitätssicherung von Arbeitsmarktdienstleistungen beteiligt und beraten Fach- und Führungskräfte von Arbeitsagenturen und Jobcentern in technischen, ergonomischen und arbeitswissenschaftlichen Fragen zur Gestaltung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Als Sicherheitsingenieurinnen und Sicherheitsingenieure beraten die überwiegend im Außendienst tätigen Technischen Beraterinnen und Berater ferner die Arbeitsschutzverantwortlichen der jeweiligen Dienststellen. 2012 wurden vom Technischen Beratungsdienst 15.000 Aufträge bearbeitet. Im Rahmen der Dienstleistung „Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen“ bezogen sich rund 81 Prozent der Aufträge auf die Erhaltung (Prävention) und 14 Prozent auf die Erlangung von Arbeitsplätzen (Integration). Etwa 5 Prozent betrafen die berufliche Ersteingliederung. Die für den Arbeitsschutz verantwortlichen Personen wurden in 26.500 Stunden zu Fragen der Arbeitssicherheit beraten. Das Qualitätsmanagementsystem des Technischen Beratungsdienstes ist nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert und dient einer kontinuierlichen Verbesserung der Prozesse und Dienstleistungen zur Steigerung der Kundenzufriedenheit im Rahmen dieser international anerkannten Norm.

## CHANCENGLEICHHEIT

### ARBEITSMARKTSITUATION VON FRAUEN IST GEPRÄGT VON FAMILIÄREN RAHMENBEDINGUNGEN

Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten. So sehen sich Frauen häufiger mit familiären Rahmenbedingungen konfrontiert, die eine Beteiligung am Erwerbsleben erschweren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Herausforderung, vor der Frauen öfter stehen als Männer. In der Folge nehmen Frauen mit Erziehungs- oder Pflegeaufgaben seltener als Männer am Erwerbsleben teil, arbeiten deutlich häufiger in Teilzeit oder gehen nur einem Minijob nach: Vier von fünf Teilzeitbeschäftigten und zwei von drei ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten sind weiblich. Auch bei alleinerziehenden Arbeitslosen sowie bei Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern sind Frauen weit in der Überzahl.

Die Situation von Männern auf dem Arbeitsmarkt ist hingegen stärker von konjunkturellen Schwankungen geprägt als die von Frauen, weil Männer häufiger in konjunkturreagiblen Branchen tätig sind. Sie unterliegen einem höheren Risiko, aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit überzugehen, haben allerdings auch höhere Chancen, Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wieder zu beenden.

Nach einer für Männer günstigeren Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2011 profitierten Frauen und Männer in gleichem Umfang vom Beschäftigungsaufbau 2012. Insbesondere das Beschäftigungswachstum im Gesundheits- und Sozialwesen wurde weitgehend von Frauen getragen, aber auch in anderen Dienstleistungsbereichen wie dem Handel oder im Büro- und Sekretariatsbereich hat die Beschäftigung von Frauen zugelegt. Der Beschäftigungsaufbau der Männer geht zu einem Drittel auf das Verarbeitende Gewerbe zurück. Aber auch im Dienstleistungsbereich sind deutliche Zuwächse erkennbar.

Die Arbeitslosigkeit hat sich bei Frauen wie Männern 2012 im Jahresdurchschnitt günstig entwickelt. Der Rückgang fiel bei Frauen jedoch etwas stärker aus als bei Männern. Im Jahresverlauf gab es aufgrund der schwächeren Konjunktur und des geringeren Einsatzes des Gründungszuschusses bei Männern deutlich stärkere Anstiege der Arbeitslosigkeit.

### POTENZIALE DER FRAUEN NUTZEN - FACHKRÄFTEBEDARF DECKEN

Die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist ein wichtiges Element zur Erschließung zusätzlicher Fachkräftepotenziale. Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in den Arbeitsagenturen und Jobcentern haben mit ihren Aktivitäten wie Informationsveranstaltungen oder Seminaren dazu beigetragen, arbeitsmarktferne, qualifizierte Frauen aus der sogenannten „Stillen Reserve“ zu aktivieren und möglichst qualifikationsadäquat ins Erwerbsleben zu integrieren.



Durch die gemeinsamen Aktivitäten der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt mit den Vermittlungsfachkräften sollen im Rahmen der Umsetzung des Handlungsfeldes „Erhöhung der Erwerbspartizipation und des Arbeitszeitvolumens von Frauen“ der Vorstandsinitiative „Perspektive 2025 – Fachkräfte für Deutschland“ mehr Frauen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einmünden. Vor allem im Gesundheitswesen, in der Altenpflege und im Erziehungsbereich konnten Impulse gesetzt werden. Positive Nebeneffekte ergeben sich damit auch hinsichtlich der Erhöhung des Beitragsvolumens in der Sozialversicherung sowie der Reduzierung einer drohenden Altersarmut besonders bei Frauen.

#### MINT FÜR JUNGE FRAUEN: BERUFSEINSTIEG MIT PERSPEKTIVE

Berufswahlentscheidungen von jungen Frauen und Männern sind in vielen Fällen immer noch stark geprägt von gesellschaftlich verankerten Rollenbildern. Eine gendergerechte Berufsberatung und -orientierung hat das Ziel, diese stereotypen Rollenzuweisungen aufzubrechen. Um mehr Frauen für Tätigkeiten rund um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT-Berufe) zu gewinnen, veranstalten die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zusammen mit der Berufsberatung Aktionstage, Vortragsreihen oder Messen und bieten darüber hinaus spezifische MINT-Aktionen, wie z.B. ein MINT-Café, an. Außerdem sollen Angebote wie beispielsweise die Girls' Day-Akademie in Baden-Württemberg und die bundesweite „Ich-bin-gut“-Kampagne der BA zur Erhöhung des Frauenanteils bei den MINT-Berufen beitragen.

#### PERSPEKTIVE WIEDEREINSTIEG

Das Projekt „Perspektive Wiedereinstieg“, das die BA seit 2009 in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchführt, ist im März 2012 in seine zweite Phase gegangen. Schwerpunktthemen sind die Einbeziehung des Partners, die Sensibilisierung für die Nutzung haushaltsnaher Dienstleistungen sowie spezielle Maßnahmen für Akademikerinnen. Bereits vor Projektabschluss hat der Verwaltungsrat beschlossen, die erfolgreichen Ansätze aus der ersten Phase in ein bundesweites Maßnahmenangebot der BA zu überführen. Das Konzept zeichnet sich durch eine innovative Kofinanzierungsstruktur aus, die eine Einbindung von Angeboten auf der Ebene der Länder und Kommunen vorsieht. Erste Ausschreibungen sind bereits erfolgt. Seit Januar 2013 stehen erste Maßnahmen zur Verfügung; eine Ausweitung ist für das dritte Quartal geplant.



#### ALLEINERZIEHENDE: FLEXIBLE BESCHÄFTIGUNGSMÖGLICHKEITEN ERSCHLIESSEN

Im September 2010 hat die BA in Absprache mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Alleinerziehende zu einem ihrer sechs geschäftspolitischen Schwerpunkte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II erklärt. Dieser Schwerpunkt wurde auch 2012 nachhaltig verfolgt.

Besondere Beachtung fand dabei die Ansprache und Beratung von Arbeitgebern. Durch Informationskampagnen und gezielte Beratungen – etwa über die Potenziale von Alleinerziehenden als Fachkräfte, über die besonderen Herausforderungen, denen sie bei der Kinderbetreuung gegenüberstehen, über flexible Arbeitszeitmodelle oder die Möglichkeiten der Teilzeitausbildung – konnte die Akzeptanz für Alleinerziehende bei Arbeitgebern erhöht werden.

Bei den Alleinerziehenden lag das Augenmerk auf deren spezifischen Bedarfen und der flankierenden Unterstützung mit geeigneten Maßnahme- und Qualifizierungsangeboten, vor allem aber auf der Unterstützung bei der Suche nach einer existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen und dauerhaften Berufstätigkeit. Mit einer frühzeitigen, schon während der Elternzeit beginnenden kontinuierlichen Begleitung der Alleinerziehenden konnten Integrationsprozesse wesentlich früher angestoßen werden.

Alleinerziehende sind bei der Integration in den Arbeitsmarkt auf viel Flexibilität angewiesen. Die intensive Netzwerkarbeit der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern zielt darauf ab, diese Flexibilität zu erhöhen, indem z.B. Tagesmütter und Tagesväter sowie Erzieherinnen und Erzieher qualifiziert werden und das Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen verbessert wird. Die vom Europäischen Sozialfonds kofinanzierten Modellprogramme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ und „Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende“ leisten einen wichtigen Beitrag für gute Netzwerkarbeit, die für eine erfolgreiche Integration von Alleinerziehenden hilfreich ist.

#### ÄLTERE FRAUEN: MOTIVIERT IN DER LETZTEN AKTIVEN ARBEITSPHASE

Frauen über 50 Jahre sind nach wie vor seltener erwerbstätig als Männer in derselben Altersgruppe, denn ihre Biografien – vor allem in Westdeutschland – sind oftmals noch geprägt von traditionellen Familien- und Lebensverlaufsmustern. Zur Vermeidung von Altersarmut ist jedoch eine Erwerbstätigkeit auch im Alter ab 50 Jahren von großer Bedeutung.

Auch die Unternehmen denken um und setzen vermehrt auf Frauen über 50, denn sie stehen den Jüngeren bei Produktivität und Leistungsvermögen keineswegs nach. Insbesondere ältere Frauen mit ihren vielfältigen Lebens- und Berufserfahrungen und damit verbundenen Stärken können wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens beitragen. Des Weiteren verfügen sie über eine hohe Sozialkompetenz und sind positiv motiviert, wenn sie eine Chance zum Wiedereinstieg in das Erwerbsleben bekommen.

Aufgrund der Struktur der arbeitslosen Frauen in Ostdeutschland mit geringen Anteilen an Berufsrückkehrerinnen, aber einem hohen Anteil von älteren arbeitslosen Frauen haben die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt in Sachsen und Sachsen-Anhalt spezielle Arbeits- und Informationsunterlagen in Form von „Werkzeugkoffern“ für Vermittlungs- und Beratungsfachkräfte entwickelt, die auch in den westdeutschen Regionen zum Einsatz kommen. Damit sollen die Schlüsselkompetenzen älterer Frauen sowohl für die Kundinnen selbst als auch für potenzielle Arbeitgeber transparenter werden. Durch diese optimierte Beratung und Vermittlung von älteren Frauen wird bei Arbeitgebern die Akzeptanz für die Beschäftigung von älteren, erwerbsgeneigten Frauen und somit die Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt erhöht.

#### FRAUEN GEHEN IN FÜHRUNG UND GEBEN UNTERNEHMEN NEUE IMPULSE

Chancengleichheit am Arbeitsmarkt für Frauen und Männer bedeutet nicht nur horizontale Gleichstellung, sondern auch Chancengleichheit in Bezug auf Führungspositionen. Bei den Aufstiegschancen und der Besetzung von Führungspositionen gibt es ebenso Nachholbedarf wie bei der Beteiligung von Frauen an existenzsichernder Erwerbsarbeit. Daher bieten die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt zum Thema „Berufliche Weiterentwicklung“ vielfältige Informationsveranstaltungen an, wobei es vorrangig um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere geht. Außerdem wird das kooperative Zusammenwirken aller regionalen Akteure in Form von Netzwerken durch die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt aktiv unterstützt, um die Potenziale von erwerbsgeneigten und führungsinteressierten Frauen besser in den Fokus zu rücken.



## FÖRDERUNG<sup>2</sup>

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verfolgen das Ziel, Arbeitslose in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Um eine möglichst dauerhafte Beschäftigung zu sichern, sollen Beschäftigungschancen erweitert und die Beschäftigungsfähigkeit erhalten oder verbessert werden. Die Investition in Beschäftigungsfähigkeit legt den Grundstein zur Entfaltung präventiver Wirkung gegen Arbeitslosigkeit, gleichzeitig kann ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs geleistet werden.

2012 befanden sich jahresdurchschnittlich 826.000 Kundinnen und Kunden (Frauenanteil: 42 Prozent) der Arbeitsagenturen oder gemeinsamen Einrichtungen in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. 485.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Frauenanteil: 41 Prozent) wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert, 341.000 (Frauenanteil: 44 Prozent) haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende getragen wurden. Im gleichen Zeitraum begannen 826.000 Kundinnen und Kunden (Frauenanteil: 44 Prozent) aus der Arbeitslosenversicherung und 1,05 Millionen Kundinnen und Kunden (Frauenanteil: 41 Prozent) aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden 2012 8,98 Milliarden Euro aus dem Haushalt der Arbeitslosenversicherung und 2,57 Milliarden Euro aus Mitteln der steuerfinanzierten Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgegeben.

Weitere Informationen zu Statistiken zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen finden Sie unter [statistik.arbeitsagentur.de](http://statistik.arbeitsagentur.de)  
 → Statistik nach Themen  
 → Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen



### INSTRUMENTENREFORM: MEHR HANDLUNGSFREIHEIT VOR ORT

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, das am 1. April 2012 in Kraft getreten ist, wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zusammengefasst und flexibler gestaltet. Die Vermittlungsfachkräfte vor Ort haben so größere Handlungsspielräume für eine am individuellen Bedarf der Kundinnen und Kunden ausgerichtete Förderung erhalten. Durch die höhere Flexibilität und Individualität des Instrumenteneinsatzes kann der Weg für Arbeitsuchende in Beschäftigung beschleunigt werden.

So können z.B. für Kundinnen und Kunden der Grundsicherung für Arbeitsuchende Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung mit Arbeitsgelegenheiten kombiniert werden. Kundinnen und Kunden mit komplexen Problemlagen können dadurch stufenweise an den allgemeinen Arbeitsmarkt herangeführt und integriert werden. Neben Instrumenten, die eine schnelle und flexible Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglichen, stehen auch Eingliederungsleistungen zur Verfügung, die zum Ziel haben, die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitsuchenden zu verbessern, sie an den Arbeitsmarkt heranzuführen und damit längerfristig ihre Chancen auf berufliche Integration zu erhöhen. Dies kommt insbesondere Kundinnen und Kunden mit geringen formalen Qualifikationen zugute.

### ARBEITSMARKT- UND INTEGRATIONSPROGRAMME DEFINIEREN SCHWERPUNKTE

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme werden von den gemeinsamen Einrichtungen entwickelt, um die Chancen des Arbeitsmarkts mit allen verfügbaren – auch kommunalen – Förderungsmöglichkeiten für die Leistungsberechtigten gezielt nutzen zu können. Arbeitsagentur und Stadt bzw. Landkreis stimmen sich ab, in welchen Bereichen sie Schwerpunkte bei ihren Eingliederungsleistungen setzen und welche Ziele sie erreichen wollen. An der Erstellung der Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramme sind beide Träger (Arbeitsagentur und Städte bzw. Landkreise) sowie die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt beteiligt.

<sup>2</sup> Die Förderdaten aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden nur für Jobcenter in der Form der gemeinsamen Einrichtungen berichtet, da nur hier auch entsprechende Haushaltsdaten vorliegen. Vgl. auch Seite 59 im Anhang.

#### VERMITTLUNGSBUDGET: UNTERSTÜTZUNG BEI BESCHÄFTIGUNGSaufNAHME

Die Agenturen für Arbeit und die gemeinsamen Einrichtungen haben die individuelle Förderfreiheit des Vermittlungsbudgets genutzt und die Förderleistung unbürokratisch und bedarfsgerecht eingesetzt. 2012 wurden Kundinnen und Kunden in der Arbeitslosenversicherung in 732.000 Fällen (Frauenanteil: 54 Prozent) und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende in 866.000 Fällen (Frauenanteil: 46 Prozent) bei der Anbahnung oder Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder betrieblichen Ausbildung unterstützt. Das Fördervolumen 2012 belief sich in der Arbeitslosenversicherung auf 74,70 Millionen Euro und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf 113,15 Millionen Euro.

#### AKTIVIERUNG UND BERUFLICHE EINGLIEDERUNG

Durch die Teilnahme an einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung werden Ausbildungssuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose entsprechend ihrer individuellen Bedarfe bei der beruflichen Eingliederung unterstützt. Die Maßnahmen können von einem Träger oder aber auch von einem Arbeitgeber bzw. Träger der privaten Arbeitsvermittlung durchgeführt werden. Durch die Gesetzesänderung wurden zwei Zugangswege – durch Zuweisung bzw. mit einem Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein – in die Maßnahmen eröffnet, die von einem Träger bzw. Arbeitgeber durchgeführt werden.



2012 gab es 362.000 Maßnahmeneintritte von Kundinnen und Kunden der Arbeitslosenversicherung (Frauenanteil: 46 Prozent), darunter 181.000 Eintritte in Maßnahmen bei einem Arbeitgeber (Frauenanteil: 40 Prozent). Kundinnen und Kunden der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben in 524.000 Fällen (Frauenanteil: 42 Prozent) eine Aktivierungsmaßnahme begonnen. In 141.000 Fällen wurde diese Maßnahme in einem Betrieb (Frauenanteil: 39 Prozent) durchgeführt. Die Ausgaben betragen 119,06 Millionen Euro aus dem Haushalt der Arbeitslosenversicherung und 400,32 Millionen Euro in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

#### EINGLIEDERUNGSZUSCHUSS: UNTERSTÜTZUNG BEI BESCHÄFTIGUNGSaufNAHME

Arbeitgeber können Eingliederungszuschüsse erhalten, wenn sie Personen beschäftigen, deren Vermittlung erschwert ist, wie z.B. Menschen mit Behinderungen oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für diese zeitlich befristeten Lohnkostenzuschüsse wurden 2012 in der Arbeitslosenversicherung 66.000 und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende 64.000 Fälle (Frauenanteil: 42 bzw. 36 Prozent) gefördert. Dafür wurden 2012 aus dem BA-Haushalt 308,81 Millionen Euro und aus dem Haushalt der Grundsicherung für Arbeitsuchende 263,16 Millionen Euro ausgegeben.



## FÖRDERUNG DER SELBSTÄNDIGKEIT

Arbeitslose können bei der Existenzgründung durch den Gründungszuschuss (Arbeitslosenversicherung) bzw. das Einstiegsgeld (Grundsicherung für Arbeitsuchende) unterstützt werden. Der Gründungszuschuss wurde mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt im Dezember 2011 von einer Pflichtleistung in eine Ermessensleistung umgewandelt. Seither war der Einsatz dieses Instruments stark rückläufig. 2012 haben 21.000 Personen (Frauenanteil: 40 Prozent) eine mit dem Gründungszuschuss geförderte selbständige Tätigkeit aufgenommen. Die Ausgaben beliefen sich auf 890,11 Millionen Euro. Mit dem Einstiegsgeld wurden 2012 7.000 Kundinnen und Kunden der gemeinsamen Einrichtungen (Frauenanteil: 41 Prozent) gefördert. 2012 wurden für das Einstiegsgeld 13,90 Millionen Euro ausgegeben.

## ALTERSTEILZEIT LÄUFT AUS

Die Förderung der Altersteilzeit durch die BA läuft aus und kann nur noch erbracht werden, wenn die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 begonnen hat. 2012 wurden rund 46.000 Anträge auf Anerkennung der Fördervoraussetzungen bewilligt (Frauenanteil: 39 Prozent). Die BA hat 2012 die Altersteilzeitarbeit mit 1,32 Milliarden Euro gefördert. Ab 2013 werden der Bestand der Personen in geförderter Altersteilzeit und damit einhergehend die Förderausgaben stetig zurückgehen.

## MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN: TEILHABE FÖRDERN

### **Ersteingliederung erleichtert Berufseinstieg**

Der Schwerpunkt der Aufgabe der BA als Rehabilitationsträger liegt überwiegend in der erstmaligen Eingliederung von Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Behinderungen in das Erwerbsleben. Von den jährlich rund 66.000 (Frauenanteil: 41 Prozent) in die Betreuung übernommenen Rehabilitandinnen und Rehabilitanden sind zwei Drittel dem Bereich der Ersteingliederung zuzuordnen. Diese Aufgabe wird auch für Jugendliche, die ansonsten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende betreut werden, vom Versicherungssystem finanziert.

Im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen wurden im Jahresdurchschnitt insgesamt 25.000 Personen (Frauenanteil: 41 Prozent) gefördert. Es handelt sich hierbei um Menschen mit Behinderung, die aufgrund ihres Leistungsvermögens nicht oder noch nicht für eine Tätigkeit unter den Anforderungen des Arbeitsmarkts in Frage kommen. Durch eine offensive Umsetzung der „Unterstützten Beschäftigung“ gewährleistet die Arbeitslosenversicherung, dass diese Personen auch außerhalb einer Werkstatt für behinderte Menschen eine berufliche Perspektive haben. 2012 wurden 3.000 Personen (Frauenanteil: 37 Prozent) gefördert.

Der finanzielle Einsatz der BA bei Leistungen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung bewegt sich seit mehreren Jahren auf unverändert hohem Niveau. Inklusive der besonderen Förderung schwerbehinderter Menschen wurden insgesamt 2,49 Milliarden Euro für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben investiert. Die Ausgaben der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung betragen 2,36 Milliarden Euro, die Reha-Leistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende lagen bei 126,89 Millionen Euro.

### **Kooperation „Initiative Inklusion“ und Nationaler Aktionsplan**

Für behinderte Jugendliche ist eine an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts orientierte Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme die wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige berufliche Eingliederung. Eine frühzeitige und marktgerechte Berufsorientierung stellt für die Beratung zur Berufswahlentscheidung die ausschlaggebenden Weichen. Die BA engagiert sich – neben den eigenen Aktivitäten bei der Berufsorientierung – zusätzlich als Partner der Länder im Handlungsfeld „Berufsorientierung“ der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Initiative Inklusion zur Verbesserung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben. Sie unterstützt und berät die Länder bei der fachlichen Konzeption und Gestaltung der Maßnahmen.

Die Unternehmen haben in den letzten Jahren bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen zunehmend auch Jugendlichen, die vor ein paar Jahren noch nicht zum Zuge gekommen wären, eine Chance gegeben. Außerdem wird aufgrund der demografischen Entwicklung mittelfristig die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber um Ausbildungsplätze weiter sinken. Dadurch verbessern sich für Jugendliche mit Behinderung perspektivisch die Chancen für eine betriebliche Ausbildung. Um die Potenziale dieser jungen Menschen stärker zu nutzen und gleichzeitig Ängste und Vorbehalte vor der betrieblichen Ausbildung von Jugendlichen mit Behinderung abzubauen, wurde erstmals für den Ausbildungsbeginn 2012 mit der Maßnahme „Begleitete betriebliche Ausbildung“ die Möglichkeit geboten, Auszubildende mit Behinderung und ihre Ausbildungsbetriebe durch Bildungsträger während einer betrieblichen Ausbildung bedarfsgerecht und intensiv zu unterstützen.

Um jungen Menschen mit Behinderung einen Berufsabschluss zu ermöglichen, bietet die BA ein weites Spektrum an Förderstrukturen und -möglichkeiten. Vorrangig werden betriebliche Ausbildungen – gegebenenfalls mit Ausbildungszuschüssen oder durch ausbildungsbegleitende Hilfen – unterstützt. Bei Bildungsträgern werden außerbetriebliche Maßnahmen gefördert. Bislang überwiegt die integrative, das heißt trägergestützte außerbetriebliche Form der Durchführung. Die BA dringt bei der (Weiter-)Entwicklung ihrer Förderangebote auf eine stärkere Einbindung von Betrieben bzw. auf eine Ausweitung betrieblicher Phasen und fordert von den Bildungsanbietern, ihre Unterstützungsleistungen stärker als bisher auf die Betriebe auszurichten. Die ausschließliche Qualifizierung bei Bildungsträgern – ohne betriebliche Phasen – soll zukünftig die Ausnahme sein. Diese betriebsorientierte Ausrichtung wird im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ausdrücklich als Maßnahme zum Erreichen eines inklusiven Bildungs- und Arbeitsmarktangebots bestätigt.



## QUALIFIZIERUNG: EIN BEITRAG ZUR FACHKRÄFTESICHERUNG

### PRÄVENTIONSGEDANKE PRÄGT QUALIFIZIERUNG JUGENDLICHER

Vor dem Hintergrund eines erhöhten Fachkräftebedarfs und in Anbetracht der demografischen Entwicklung spielen die Maßnahmen der BA beim Übergang von der Schule in den Beruf eine wichtige Rolle. Damit dieser Übergang in eine berufliche Ausbildung nach dem Schulabschluss möglichst nahtlos gelingt, legt die BA einen besonderen Akzent auf präventive Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler.

So wurde 2012 die Berufseinstiegsbegleitung im Rahmen der modellhaften Erprobung an rund 1.000 Schulen weitergeführt. Auch die Maßnahmen im Rahmen des Sonderprogramms des Bundes zur Förderung weiterer Berufseinstiegsbegleiterinnen und -begleiter wurden fortgeführt und ausgebaut. Die vertiefte Berufsorientierung der Arbeitslosenversicherung, die von Dritten – insbesondere den Ländern – kofinanziert wird, wurde auf hohem Niveau fortgesetzt. Hierfür wurden 2012 insgesamt 59,21 Millionen Euro aus dem Haushalt der Arbeitslosenversicherung eingesetzt.

Trotz insgesamt besserer Chancen bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle haben viele – insbesondere leistungsschwächere – Jugendliche weiterhin Probleme am Übergang von der Schule in die Ausbildung. Die Maßnahmen der BA zur Vorbereitung und Unterstützung einer Berufsausbildung tragen dazu bei, jungen Menschen zu einer beruflichen Qualifikation zu verhelfen, die nach Beendigung der Schule ohne weitere Hilfen eine Ausbildung nicht beginnen oder erfolgreich absolvieren können. Die Ausgaben für außerbetriebliche Berufsausbildungen beliefen sich im Haushalt der Arbeitslosenversicherung 2012 auf 400,86 Millionen Euro und für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen für Jugendliche beider Rechtskreise auf 360,02 Millionen Euro. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende betragen die Ausgaben für außerbetriebliche Berufsausbildungen 216,64 Millionen Euro.

Die Initiative „Anstoß für ein neues Leben“ der Sepp-Herberger-Stiftung finden Sie unter [www.sepp-herberger.de](http://www.sepp-herberger.de)  
→ Resozialisierung



### INITIATIVE „ANSTOSS FÜR EIN NEUES LEBEN“

Im Rahmen der Kooperation zwischen dem Deutschen Fußball Bund und der BA wird die Initiative „Anstoß für ein neues Leben“ der Sepp-Herberger-Stiftung unterstützt. Ziel der Initiative ist es, straffällig gewordene Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Den Teilnehmern stehen Angebote aus den Kategorien Sport, Soziales und Arbeit und Beruf zur Verfügung, um sich auf das Leben nach der Haft vorzubereiten. Kontinuierlich betreut und angeleitet werden sie durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Haftanstalten, der BA, der Landesfußballverbände und weiterer Projektpartner.



### BERUFLICHE WEITERBILDUNG: MEHR BERUFSABSCHLÜSSE

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs. 2012 begannen in 135.000 Fällen Kundinnen und Kunden (Frauenanteil: 48 Prozent) der Arbeitslosenversicherung eine berufliche Weiterbildung. Im Jahresdurchschnitt wurden 65.000 Weiterbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer gefördert (Frauenanteil: 51 Prozent), davon 33.000 mit dem Ziel eines Berufsabschlusses (Frauenanteil: 50 Prozent).

In 131.000 Fällen (Frauenanteil: 44 Prozent) wurden Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch eine berufliche Weiterbildung neu gefördert. Im Durchschnitt befanden sich in der Grundsicherung für Arbeitsuchende 54.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Frauenanteil: 51 Prozent) in einer Bildungsmaßnahme, davon 19.000 (Frauenanteil: 53 Prozent) mit dem Ziel, einen Berufsabschluss zu erwerben.

Im vergangenen Jahr wurden in der Arbeitslosenversicherung für Weiterbildung rund 673,57 Millionen Euro aus dem Eingliederungstitel ausgegeben. Hinzu kommen rund 771,28 Millionen Euro für die Gewährung von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung. 2012 ergibt sich damit für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung eine Summe von rund 1,44 Milliarden Euro an Gesamtausgabemitteln in der Arbeitslosenversicherung. Die Gesamtausgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende betragen 571,62 Millionen Euro.

Die Investition in berufliche Bildung zahlt sich aus: Die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme verbessert nachweislich die Arbeitsmarktchancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Gegenüber vergleichbaren Arbeitslosen, die keine Weiterbildungsmaßnahme absolviert haben, sind sie ein halbes Jahr nach Beendigung der Maßnahme häufiger in Beschäftigung.

#### GESUNDHEIT, ERZIEHUNG UND PFLEGE: WEITERBILDUNG IN ZUKUNFTSBERUFEN

Angesichts eines großen – und steigenden – Bedarfs an Fachkräften in den Gesundheits-, Erziehungs- und Pflegeberufen unterstützt die BA die Anstrengungen der Bundesregierung zur Deckung des Fachkräftebedarfs in diesen Berufsfeldern. Um insbesondere die im Inland verfügbaren Potenziale noch besser zu nutzen, fördert die BA zum einen Weiterbildungen mit dem Ziel eines Berufsabschlusses für Menschen mit einschlägiger beruflicher Vorerfahrung. Zum anderen werden Personen gefördert, die sich in diesen Feldern beruflich neu orientieren wollen.

Mit der BA-Initiative „Qualifizierung von Altenpfleger/innen und Erzieher/innen“ sollen geeignete Kundinnen und Kunden der Arbeitsagenturen und der gemeinsamen Einrichtungen für eine Weiterbildung gewonnen werden. Seit Januar 2012 konnten rund 4.000 Personen eine Qualifizierung zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger und rund 1.000 Menschen eine Qualifizierung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher im Rahmen der beruflichen Weiterbildung mit Unterstützung der BA beginnen.

Für Personen, die bereits in der Altenpflege oder der Kindererziehung gearbeitet haben, bietet die geplante „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ der BA die Möglichkeit, einen anerkannten Berufsabschluss zu erwerben. Bei der Zulassung zur Ausbildung und Abschlussprüfung kommt den Ländern eine besondere Rolle zu. Auch bei der Qualifizierung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher sind unterschiedliche länderspezifische Regelungen zu beachten. Die Regionaldirektionen der BA stehen mit allen Bundesländern im Dialog, um den künftigen Fachkräftebedarf zu quantifizieren, die Rahmenbedingungen (Zertifizierung, Finanzierung, Verkürzungsregelungen, Erhöhung des Angebots) zu verbessern und die Ausweitung der Schulungskapazitäten zu erreichen.

#### KOOPERATIONSPROJEKT MIT DIPLOMATISCHEN UND KONSULARISCHEN VERTRETUNGEN

Die BA und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales haben im November 2012 mit den Botschaften und Generalkonsulaten der Russischen Föderation, der Türkei, Italiens, Griechenlands, Kroatiens und Serbiens eine enge Zusammenarbeit vereinbart. Dabei werden junge Menschen mit ausländischen Wurzeln und deren Eltern noch intensiver bei der Ausbildungssuche unterstützt. Gleichzeitig sollen Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund stärker als in der Vergangenheit für die duale Ausbildung und den Ausbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gewonnen werden. In das Projekt werden auch Migrantenorganisationen einbezogen.



#### PROGRAMM „WEGEBAU“: QUALIFIZIERUNG VON BESCHÄFTIGTEN

Intention des Programms „WeGebAU“ ist es, die Weiterbildung von älteren und geringqualifizierten Beschäftigten insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen zu intensivieren. 2012 wurden 18.000 Personen (Frauenanteil: 45 Prozent) gefördert. Davon erhielten Unternehmen für 7.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Frauenanteil: 46 Prozent) einen Arbeitsentgeltzuschuss. Für WeGebAU wurden 2012 aus dem BA-Haushalt 115,34 Millionen Euro aufgewendet.

#### INITIATIVE ZUR FLANKIERUNG DES STRUKTURWANDELS ERHÖHT CHANCEN FÜR GERINGQUALIFIZIERTE

Die berufliche Weiterbildungsförderung im Rahmen der „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels (IFlaS)“ ermöglicht Geringqualifizierten den Erwerb anerkannter Berufsabschlüsse bzw. Teilqualifikationen. Dadurch werden die Arbeitsmarktchancen Arbeitsloser mit geringem Qualifikationsniveau verbessert. Gleichzeitig wird dem steigenden Fachkräftebedarf Rechnung getragen. 2012 gab es 27.000 Eintritte in Förderungen (Frauenanteil: 49 Prozent). 2012 wurden aus dem Haushalt der Arbeitslosenversicherung 267,14 Millionen Euro für IFlaS eingesetzt.

#### MIT TEILQUALIFIZIERUNG SCHRITTWEISE ZUM BERUFSABSCHLUSS

Das Projekt „Optimierung der Qualifizierungsangebote für geringqualifizierte Arbeitslose“ richtet sich insbesondere an langzeitarbeitslose Menschen. An 13 Standorten werden ihnen in überschaubaren Qualifizierungseinheiten die erforderlichen Kenntnisse vermittelt, die schrittweise zu anerkannten Berufsabschlüssen führen. Die kürzeren Module ermöglichen insbesondere Kundinnen und Kunden der Grundsicherung für Arbeitsuchende einen schnellen Einstieg und eine bedarfsgerechte Qualifizierung, die ihre Chancen auf den Arbeitsmarkt erhöht und es ihnen ermöglicht, wieder am allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

#### EUROPÄISCHER SOZIALFONDS / EUROPÄISCHER GLOBALISIERUNGSFONDS

Im abgelaufenen Geschäftsjahr förderte die BA in 5.000 Fällen Weiterbildungsaktivitäten von Bezieherinnen und Beziehern von (Transfer-)Kurzarbeitergeld während der Ausfallzeit (Frauenanteil: 19 Prozent). Aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds wurden dafür 3,93 Millionen Euro eingesetzt.

Durch den Europäischen Globalisierungsfonds wurden 2012 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Druckmaschinenherstellers sowie kleinerer und mittlerer Automobilzulieferer gefördert. Für 3.000 entlassene Personen (Frauenanteil: 11 Prozent) wurde durch die Europäische Union ein Betrag von 16,70 Millionen Euro bewilligt.

#### QUALIFIZIERUNGSBERATUNG FÜR UNTERNEHMEN BIETET UNTERSTÜTZUNG BEI PERSONALARBEIT

Eine professionelle betriebliche Personalarbeit ist für Unternehmen ein wichtiger Baustein zur Sicherung ihrer Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Eine strategische Personalplanung und -entwicklung stellt jedoch vor allem kleine und mittlere Unternehmen vor große Herausforderungen, da ihnen dafür häufig die Ressourcen und das notwendige Know-how fehlen. Mit ihrer gezielten und vermittlungsorientierten Qualifizierungsberatung werden die Arbeitgeber-Services der BA ab Mitte 2013 aufbauend auf bisherigen Strukturen am Markt kleinen und mittleren Unternehmen im Rahmen der Arbeitsmarktberatung individuelle Beratungsdienstleistungen zur Unterstützung der Personalarbeit verstärkt anbieten.

## GELDLLEISTUNGEN

### LEISTUNGEN DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

#### **Arbeitslosengeld: Versicherungsleistung bei Arbeitslosigkeit**

Das Arbeitslosengeld wird als Versicherungsleistung unter bestimmten Voraussetzungen bei Arbeitslosigkeit gezahlt. Für Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld (einschließlich Erstattungen an ausländische Versicherungsträger) hat die BA 2012 13,82 Milliarden Euro aufgewendet. In diesem Betrag sind 2,36 Milliarden Euro für Krankenversicherungsbeiträge, 3,11 Milliarden Euro für Rentenversicherungsbeiträge und 0,30 Milliarden Euro für Pflegeversicherungsbeiträge enthalten.

Wenn sich Kundinnen und Kunden der Arbeitslosenversicherung „versicherungswidrig“ verhalten, treten Sperrzeiten ein. Währenddessen wird das Arbeitslosengeld nicht ausgezahlt und die Anspruchsdauer vermindert sich um die Tage der Sperrzeit; bei zwölfwöchiger Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe mindestens um ein Viertel der Anspruchsdauer. 2012 sind insgesamt rund 735.000 Sperrzeiten festgestellt worden, davon zwei Drittel wegen Meldeversäumnissen oder einer verspäteten Arbeitsuchendmeldung. 2012 erlosch in rund 8.000 Fällen der Anspruch auf Leistungen, weil Anlass für den Eintritt von Sperrzeiten mit einer Dauer von insgesamt mindestens 21 Wochen gegeben war.

#### **Kurzarbeitergeld erhält Arbeitsplätze**

Das Kurzarbeitergeld trägt als teilweiser Lohnersatz zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Bei sich verschlechternder Konjunktur können durch die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergelds den Beschäftigten die Arbeitsplätze und den Betrieben ihre eingearbeiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten werden. 2012 betragen die Ausgaben für konjunkturelle Kurzarbeit 215,41 Millionen Euro, darunter 191,73 Millionen Euro für konjunkturelles Kurzarbeitergeld und 23,68 Millionen Euro für die Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen.

Das Saison-Kurzarbeitergeld dient der Weiterbeschäftigung von Arbeitskräften in der Bauwirtschaft bei wirtschaftlichen oder witterungsbedingten Arbeitsausfällen in der Schlechtwetterzeit. 2012 wurde Saison-Kurzarbeitergeld bei wirtschaftlich bedingtem Arbeitsausfall in den Monaten Januar bis März für 326.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährt. Für das beitragsfinanzierte Saison-Kurzarbeitergeld wurden 2012 insgesamt 289,24 Millionen Euro einschließlich der hälftigen oder vollen Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge aufgewendet. Die umlagefinanzierten Ausgaben für Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld und Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an Arbeitgeber betragen 323,90 Millionen Euro.

#### **Insolvenzgeld sichert Löhne und Gehälter**

Die Insolvenzausfallversicherung sichert die noch ausstehenden Löhne und Gehälter der Beschäftigten. Das Insolvenzgeld wird in Höhe der Nettoentgelte unter Berücksichtigung einer monatlichen Bruttoleistungsbemessungsgrenze gewährt. Darüber hinaus entrichtet die BA die auf den genannten Zeitraum entfallenden Gesamtsozialversicherungsbeiträge an die Krankenkasse als zuständige Einzugsstelle. Die Ausgaben für Insolvenzgeld betragen 2012 insgesamt 981,85 Millionen Euro. Durch die gesetzliche Festschreibung auf 0,15 Prozent – also die Entkopplung des Umlagesatzes von der wirtschaftlichen Entwicklung – wird künftig eine stetige Finanzierung der Leistung gewährleistet.

#### **Antragspflichtversicherung**

Seit dem 1. Februar 2006 besteht für Pflegepersonen, selbständig Tätige und Auslandsbeschäftigte (außerhalb der EU) die Möglichkeit der Antragspflichtversicherung in der Arbeitslosenversicherung. Zeiten der Antragspflichtversicherung sind anwartschaftsbegründend für das Arbeitslosengeld. Insgesamt wurden 31.100 Anträge auf Antragspflichtversicherung gestellt, von denen 2.100 abgelehnt wurden. Die Beitragseinnahmen beliefen sich auf 111,07 Millionen Euro.

## LEISTUNGEN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE

### **Breites Leistungsspektrum für Bürgerinnen und Bürger**

Hilfebedürftige Bürgerinnen und Bürger werden bei der Sicherung ihres Lebensunterhalts mit einem breiten Spektrum von laufenden und einmaligen Leistungen unterstützt.

Leistungsberechtigte erhalten als laufende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige bzw. Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Personen und Kinder in einer Bedarfsgemeinschaft (Leistungen für den Regelbedarf, individuelle Sonderbedarfe sowie kommunale Leistungen für Unterkunft und Heizung),
- Beiträge und Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung,
- Leistungen für Auszubildende,
- kommunale Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Als einmalige Leistungen sind unter anderem möglich:

- kommunale Leistungen für Wohnungserstausstattungen, Erstaussstattungen für Bekleidung, bei Schwangerschaft und Geburt,
- Leistungen für die Anschaffung und Reparatur von orthopädischen Schuhen sowie die Miete und Reparatur von therapeutischen Geräten.

### **Leistungen für Unterkunft machen Großteil der Ausgaben aus**

2012 wurden für die einmaligen und laufenden Leistungen insgesamt rund 25,11 Milliarden Euro ausgezahlt. Den größten Anteil hieran haben die Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 10,19 Milliarden Euro, dicht gefolgt von den Leistungen für den Regelbedarf, bei denen sich der Auszahlungsbetrag auf rund 9,97 Milliarden Euro belief.

### **Zügige Bearbeitung wird von Kundinnen und Kunden geschätzt**

2012 wurden mehr als 19 Millionen Leistungsbescheide versandt. Hierbei handelt es sich vorwiegend um (Weiter-)Bewilligungsbescheide sowie Änderungs- und Erstattungsbescheide. Erstanträge von Kundinnen und Kunden wurden durchschnittlich in 7,1 Arbeitstagen bearbeitet. Im Rahmen einer Kundenbefragung wurde die zügige Bearbeitung der Leistungsanträge bestätigt: Von 61.000 befragten Leistungsberechtigten gaben 68 Prozent die Schulnote 1 oder 2.

### **Gute Konjunktur ermöglicht mehr Arbeitsangebote**

Die überwiegend günstige konjunkturelle Lage war 2012 nicht nur bei den ausgezahlten Leistungen spürbar. Die Anzahl der neu festgestellten Sanktionen, die bei Fehlverhalten oder Terminversäumnissen eintreten, erreichten 2012 mit knapp über einer Million den höchsten Wert seit 2005. Das liegt vor allem daran, dass den Kundinnen und Kunden der gemeinsamen Einrichtungen verstärkt Arbeitsangebote unterbreitet werden konnten und sie in diesem Zusammenhang auch häufiger zu Beratungsgesprächen eingeladen wurden. Die Hauptgründe für Sanktionen waren dementsprechend Meldeversäumnisse mit rund 68 Prozent (691.000), nicht ausreichende Eigenbemühungen um eine Arbeitsstelle und Arbeitsablehnungen. Zusammengenommen machten die drei Gründe gut 96 Prozent aller Sanktionen aus.

Die Sanktionsquote von 3,7 Prozent bei allen Leistungsberechtigten zeigt aber auch, dass die Grundsätze des Förderns und Forderns von der weit überwiegenden Mehrheit der Leistungsberechtigten akzeptiert werden und dass die Jobcenter verantwortungsbewusst mit dem Instrumentarium umgehen. Sanktionen erfolgen immer reaktiv auf eine Pflichtverletzung bei dem Bemühen um die Eingliederung der Leistungsberechtigten. Sie stellen aber kein handlungsleitendes Element für die Arbeit der Jobcenter dar.

### **Innovative Produkte erleichtern die Leistungsgewährung**

Die BA unterstützt die gemeinsamen Einrichtungen im Bereich der Leistungsgewährung mit der Bereitstellung neuer Produkte. Hierzu gehören u.a. der Zugriff auf das Programm „eSolution“ der Deutschen Rentenversicherung zur Feststellung der Versicherungsnummer leistungsberechtigter Personen, modellierte Geschäftsprozesse oder ein Empfehlungspaket zum Aufbau und Führen einer Leistungsakte. Für Kundinnen und Kunden gibt es im Internet für das Arbeitslosengeld II in mehreren Sprachübersetzungen eine Ausfüllhilfe für den Leistungsantrag sowie Erläuterungen zum Bewilligungsbescheid.

### **Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs**

Die wichtigste Erkenntnisquelle für die Feststellung von Leistungsmissbrauch ist der automatisierte Datenabgleich mit anderen Sozialversicherungsträgern und der Steuerverwaltung. 2012 wurde in über 100.000 Fällen eine Überzahlung festgestellt. Die Schadenshöhe (ohne verbuchte Rückzahlungen) belief sich auf rund 51,60 Millionen Euro.

### **KINDERGELD UND KINDERZUSCHLAG: DIENSTLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN**

Die Familienkasse der BA betreut 86 Prozent oder 8,80 Millionen aller Kindergeldberechtigten im Bundesgebiet. Bis Ende 2012 wurden 33,21 Milliarden Euro Kindergeld und 371,44 Millionen Euro Kinderzuschlag an die Berechtigten ausgezahlt.

Mit dem Steuervereinfachungsgesetz wurden zum 1. Januar 2012 die Anspruchsvoraussetzungen neu geregelt. Danach können volljährige Kinder im Rahmen der Höchstaltersgrenzen grundsätzlich bis zum Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung oder eines Erststudiums unabhängig von ihrem Einkommen berücksichtigt werden. Nach dem Berufs- oder Studienabschluss kommt eine Berücksichtigung bis längstens zur Vollendung des 25. Lebensjahres in Betracht, sofern keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, die einen Kindergeldbezug ausschließt. Durch den Wegfall der bisher geltenden Einkommensgrenzen wurde zudem der Kreis der Berechtigten erweitert. 2012 stand für die Familienkasse die Prüfung aller 3,19 Millionen Kindergeldfälle auf das Vorliegen der neuen Anspruchsvoraussetzung im Vordergrund.



Die Familienkasse konnte sich auch 2012 als engagierter Dienstleister für Familienleistungen beweisen. 97 Prozent aller Kundinnen und Kunden beurteilten den Service ihrer Familienkasse im Vergleich mit anderen Behörden mindestens mit gleich gut oder besser und vergaben die Note 1,9. Die Dienstleistungen der Familienkasse für ihre Kundinnen und Kunden sollen weiter verbessert werden. Dafür werden seit Mitte 2012 grundlegende Veränderungen der Organisationsstruktur vorbereitet, die 2013 umgesetzt werden sollen.

# ZIELE, TRANSPARENZ UND NETZWERKE

## ZIELE UND ZIELERREICHUNG DER BA

„Führen über Ziele“ ist der zentrale Grundsatz der Steuerung des operativen Geschäfts der BA, die sich an den Kernelementen Wirkung und Wirtschaftlichkeit, Transparenz und dezentrale Verantwortung orientiert. Die geschäftspolitischen Ziele der BA leiten sich aus dem gesetzlichen Auftrag ab, der in den Sozialgesetzbüchern zur Arbeitslosenversicherung und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende definiert ist. Arbeitslosigkeit soll im besten Fall vermieden werden oder so kurz wie möglich andauern, Langzeitarbeitslosigkeit oder Hilfebedürftigkeit sollen möglichst gar nicht erst entstehen.

Diese Ziele werden in Form von Kennzahlen quantifiziert und unter Beteiligung aller Ebenen der Organisation in Zielvereinbarungen für das jeweilige Geschäftsjahr festgelegt. Auf der Grundlage von Soll-Ist-Vergleichen hat die BA einen systematischen Prozess etabliert, in dem in regelmäßigen Performancedialogen ein partnerschaftlicher Austausch über den Grad der Zielerreichung stattfindet und Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse erörtert werden.

## ARBEITSLOSENVERSICHERUNG: SCHWÄCHERE KONJUNKTUR ERSCHWERT INTEGRATIONEN

Die übergeordneten geschäftspolitischen Ziele in der Arbeitslosenversicherung der BA wurden 2012 fortgeschrieben. Die Ziele „Beratung und Integration nachhaltig verbessern“, „Wirkungsorientiert und wirtschaftlich arbeiten“ und „Hohe Kundenzufriedenheit erzielen“ bildeten die operative „Klammer“ zwischen den einzelnen Strategischen Geschäftsfeldern: dem Arbeitsmarkt, dem Ausbildungsmarkt, der beruflichen Integration von Rehabilitandinnen und Rehabilitanden sowie der Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden mit den Dienstleistungen der Arbeitsagenturen.

Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarkts für arbeitslose Menschen nahm im Laufe des Jahres zusehends ab, so dass sich die Besetzungsprozesse verlangsamten und die Kundenzugänge anstiegen. Dieses zunehmend schwierigere Arbeitsmarktumfeld erschwerte es den Agenturen, die zur Zielerreichung notwendige Anzahl von Integrationen und erfolgreich besetzten Stellen zu erreichen bzw. zu steigern.

Auch wenn es in vielen Fällen gelungen ist, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt einzugliedern, stellten die integrationsorientierten Kennzahlen bei der Zielerreichung 2012 die größten Herausforderungen dar. Die Verhinderung von Arbeitslosigkeit als sozialpolitisch wesentliches Ziel wird durch den Indikator „Integrationsgrad Job-to-Job“ gemessen. Er bildet ab, wie gut es gelingt, Kundinnen und Kunden, deren Beschäftigungsverhältnis beendet wurde, nahtlos in eine neue Beschäftigung zu bringen. 2012 gelang dies nur in jedem siebten Fall. Damit blieb das Ergebnis deutlich hinter der Erwartung, ein Fünftel der Kundinnen und Kunden vor Eintritt der Arbeitslosigkeit einzugliedern, zurück.

Ist Arbeitslosigkeit jedoch eingetreten, gilt es, möglichst viele Kundinnen und Kunden zeitnah und nachhaltig in eine neue Beschäftigung zu integrieren. Dies gelang 2012 nur in etwas mehr als vier von zehn Fällen. Obwohl im Vergleich zum Vorjahr von den Unternehmen mehr offene Stellen gemeldet wurden, fiel es zunehmend schwerer, diese zeitnah zu besetzen. Dieses Ergebnis wird im Zielsystem über den Indikator „Anzahl erfolgreich besetzte Stellen“ abgebildet.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeitsdauer war uneinheitlich. Bei Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern blieb die Arbeitslosigkeitsdauer nahezu unverändert. Nichtleistungsempfängerinnen und Nichtleistungsempfänger waren 2012 bis zur Integration rund 20 Tage kürzer arbeitslos als 2011. Die abgeschlossene Dauer der faktischen Arbeitslosigkeit von Nichtleistungsempfängerinnen und Nichtleistungsempfängern soll die Markterschließung dieser Kundengruppe und die Ausschöpfung des Fachkräftepotenzials abbilden.

Die Ergebnisse beim Berufseinstieg junger Menschen konnten 2012 gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert werden. Sowohl bei der Einmündungsquote, als auch bei der Anzahl erfolgreich besetzter Ausbildungsstellen wurden die Ziele erreicht. 2012 schalteten im Vorjahresvergleich mehr junge Menschen die Arbeitsagenturen bei ihrer Suche nach einer Lehrstelle ein. Ebenso nahmen deutlich mehr Arbeitgeber die Dienstleistungen der Arbeitsagenturen bei der Besetzung offener Ausbildungsstellen in Anspruch.

Im strategischen Geschäftsfeld „Berufliche Rehabilitation“ lag der Schwerpunkt auf der frühzeitigen Beratung und Integration von Absolventinnen und Absolventen von Maßnahmen. Die Hälfte der integrierbaren Rehabilitandinnen und Rehabilitanden konnte innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Hauptmaßnahme im Rehabilitationsverfahren eine Beschäftigung aufnehmen.

Im engen Zusammenhang mit den geschäftspolitischen Zielen der BA wurden die Kundenbefragungen als ein Instrument zur Messung von Kundenorientierung und Kundenzufriedenheit entwickelt. 2012 haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leistung der Arbeitsagenturen im Durchschnitt mit der Schulnote 2,2 und die Arbeitgeber mit Note 2,1 bewertet.



## GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE: EINHEITLICHE KENNZAHLEN FÜR ALLE JOBCENTER

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde im Zuge der Neuorganisation für alle Jobcenter – zugelassene kommunale Träger und gemeinsame Einrichtungen – eine neue gemeinsame Datenbasis für die Zwecke des öffentlichen Vergleichs der Leistungsfähigkeit sowie als Datengrundlage für die Zielvereinbarungen definiert.

Die Steuerungsziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden leicht verändert, entsprechen jedoch im Wesentlichen den Zielen der Vorjahre, nämlich „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“, „Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit“ und „Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug“. Da sich die Konjunktur im Jahresverlauf schlechter entwickelte, als noch in der Planungsphase angenommen, gestaltete sich auch die Umsetzung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende erkennbar schwieriger. Insbesondere bei den Leistungen zum Lebensunterhalt und der Integrationsquote spiegelt sich dies wider. Die Hilfebedürftigkeit – ausgedrückt durch die Ausgaben für Leistungen zum Lebensunterhalt – ist zwar im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, die positive Entwicklung hat sich jedoch über das gesamte Jahr leicht abgeschwächt. Dies lag vor allem daran, dass nicht mehr so viele Personen in eine abhängige Beschäftigung oder eine Ausbildung integriert wurden. Eine Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt gelang bei 25,7 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Dieser Wert liegt flächendeckend sowohl unter dem vereinbarten Zielwert als auch unter dem Vorjahresniveau. Der Rückgang ist in den süddeutschen Regionen stärker ausgeprägt als in den norddeutschen, in Westdeutschland stärker als in Ostdeutschland.

Die Zahl der Langzeitleistungsbezieherinnen und Langzeitleistungsbezieher – also erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die sich von 24 Monaten mindestens 21 Monate im Leistungsbezug befinden – ging 2012 zurück. Mit jahresdurchschnittlich 2,30 Millionen Personen im Langzeitbezug ist der Bestand gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent gesunken. Das Jahresziel wurde somit erreicht. Dennoch stellt die rückläufige Entwicklung der Integrationen in den Arbeitsmarkt ein Risiko für die weitere Reduzierung des Bestands der Langzeitleistungsbezieherinnen und Langzeitleistungsbezieher im kommenden Jahr dar. Die Stabilisierung der Zahl der Integrationen und der weitere Abbau des Langzeitbezugs werden deshalb 2013 zum zentralen Handlungsfeld.

## KOMMUNIKATION UND TRANSPARENZ

### KUNDENBEFRAGUNGEN LIEFERN HINWEISE FÜR VERBESSERUNGEN

Das Zentrum für Kunden- und Mitarbeiterbefragungen befragt regelmäßig sowohl Kundinnen und Kunden als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA. 2012 wurden über 500.000 Personen online, per Telefon oder Printbogen interviewt, viele Millionen Einzeldaten ausgewertet, analysiert und für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugänglich im Intranet publiziert. Kernprojekte waren die regelmäßigen repräsentativen Kundenbefragungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Arbeitgebern in den Agenturen für Arbeit und den gemeinsamen Einrichtungen. Daneben wurden Erhebungen zur Qualität interner und externer Bildungsmaßnahmen, zum Gesundheitsmanagement und das jährliche Führungskräfte-Feedback durchgeführt. Darüber hinaus wurde die Qualität der Zusammenarbeit mit dem Internen Service oder den Fachdiensten der BA evaluiert. Unterstützt werden ferner Pilotprojekte wie die Großkundenbetreuung der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung oder die Kompetenzdiagnostik für Kundenprofile des Berufspsychologischen Services.

### KUNDENREAKTIONSMANAGEMENT BEANTWORTET BREITES SPEKTRUM VON ANLIEGEN

Im Kundenreaktionsmanagement der BA gingen 2012 insgesamt rund 102.000 Anliegen ein. Die Zahl der Anliegen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gesunken. Nahezu unverändert war das Verhältnis zwischen Beschwerden (rund 71 Prozent der Anliegen) und lobenden Äußerungen (rund 22 Prozent). Etwa 31 Prozent der Beschwerden konnte abgeholfen werden.

Das Spektrum der Anliegen ist breit: Es reichte von Beschwerden über die Bearbeitungsdauer von Arbeitslosengeldanträgen oder die Dienstleistungsqualität der Service-Center über Rückmeldungen zum individuellen Verhalten einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis hin zum Vermittlungsbudget oder der Bearbeitung von Kindergeldanträgen.

### „KONTAKTPLUS“: ONLINEANGEBOTE KUNDENORIENTIERT AUSWEITEN

Drei Viertel der Kundinnen und Kunden der BA nutzen regelmäßig das Internet und wünschen sich neben den traditionellen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme auch innovative Zugangswege, um die Dienstleistungen der BA in Anspruch nehmen zu können. Mit dem Projekt KontaktPlus werden die vorhandenen Online-Angebote benutzerfreundlich gestaltet. Im Rahmen der technischen Möglichkeiten soll der Zugang zu möglichst allen Dienstleistungen der BA offen stehen, um den Wünschen der Kundinnen und Kunden entgegenzukommen und gleichzeitig eine hohe Wirtschaftlichkeit der Dienstleistungsprozesse zu gewährleisten.

## PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Fragestellungen und Themen rund um den Arbeitsmarkt stehen unverändert im Fokus der Medien. Die BA erreicht – rein technisch betrachtet – mit ihren selbst initiierten oder auf Anfrage von Redaktionen entstandenen Berichten jeden Tag 300 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

Ein trauriger Anlass für eine bundesweite und über mehrere Tage anhaltende Berichterstattung war die Messerattacke im Jobcenter Neuss, bei der eine Kollegin getötet wurde. Besonders erschreckend in diesem Zusammenhang waren zahlreiche unangemessene Kommentare in Online-Medien, die Tat und Täter entschuldigen wollten oder gar zur Nachahmung aufriefen. Gegen diejenigen Verfasser, die eindeutig identifiziert werden konnten, ist Strafanzeige wegen verschiedener Tatbestände ergangen.

Das Marketing der BA hat sich 2012 organisatorisch und inhaltlich neu aufgestellt und vor allem die Kampagne „Ich bin gut“ erfolgreich weiterentwickelt. Diese hat erstmals auch über das soziale Netzwerk „facebook“ die junge Zielgruppe angesprochen. Fast 70.000 gewonnene „Fans“ in nur wenigen Wochen zeigen, wie wichtig dieses Medium bei Jugendlichen ist. Diese Kampagne wurde im Oktober 2012 mit dem Deutschen PR-Preis – dem renommiertesten deutschen Preis für Public Relations – in der Kategorie „Verbände und Öffentliche Institutionen“ ausgezeichnet.

## DAS IAB - DIE „DENKFABRIK“ DER BA



Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat mit einer Vielzahl von Aktivitäten dafür gesorgt, dass relevante Forschungsergebnisse mit Arbeitsmarktbezug einer breiten Fachöffentlichkeit vermittelt und in der Beratung von Politik und Verantwortlichen für die Umsetzung von Arbeitsmarktpolitik nutzbar gemacht wurden. Außer Fachvorträgen und Veranstaltungen gehörten dazu die auf Politik und Praxis ausgerichteten Publikationsreihen „IAB-Kurzbericht“ und „IAB-Forum“.

Das IAB hat 2012 seine Stellung und Sichtbarkeit in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft weiter ausgebaut. Schwerpunkte des Forschungsprogramms lagen auf der Untersuchung der Qualität von Beschäftigungsverhältnissen und der Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs. Diese beiden Themen werden neben anderen Forschungsergebnissen ausführlich im „Handbuch Arbeitsmarkt 2013“ behandelt, das im Oktober 2012 der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Folgen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der beiden Ausgaben des Magazins „IAB-Forum“. Sie wurden außerdem bei der jährlichen Tagung „Wissenschaft trifft Praxis“, die das IAB gemeinsam mit der Zentrale der BA ausrichtet, sowie bei den „Nürnberger Gesprächen“ aufgegriffen, die das IAB mit der Stadt Nürnberg organisiert. Weitere Kernthemen der Institutsarbeit waren die Wirkung arbeitsmarktpolitischer Instrumente, Aspekte der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die Auswirkungen von Mindestlöhnen sowie regionale Ungleichheiten.



Weitere Informationen zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der BA erhalten Sie unter [www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)  
→ Presse



Weitere Informationen zum IAB erhalten Sie unter [www.iab.de](http://www.iab.de)



## STATISTIK LIEFERT AKTUELLE UND BELASTBARE DATEN

Die BA stellt mit der amtlichen Statistik zum Arbeitsmarkt und zur Grundsicherung für Arbeitsuchende eine leistungsfähige informationelle Infrastruktur zur Verfügung. Öffentlichkeit, Wissenschaft, Politik und am Arbeitsmarkt agierende Institutionen erhalten aktuelle und belastbare Daten über die wirtschaftliche und soziale Lage in allen Regionen.

Der Statistik der BA liegen die Qualitätsstandards zugrunde, die im „Verhaltenskodex Europäische Statistik“ festgelegt sind. Dazu gehören fachliche Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, solide Methodik, Aktualität, Vergleichbarkeit, Klarheit und allgemeine Zugänglichkeit. Glaubwürdigkeit verlangt differenzierte Konzepte, z.B. zur Beurteilung, wie die Zahlen zur registrierten Arbeitslosigkeit durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente beeinflusst werden. Die Statistik zur Unterbeschäftigung ermöglicht jedem Nutzer dazu monatlich und für alle Regionen eigenständige Analysen.

2012 wurde das Statistik-Internetportal überarbeitet. Grafiken und Daten zu den einzelnen Themen und die Übersicht „Arbeitsmarkt interaktiv“ erhöhen die Benutzerfreundlichkeit. Um auch unterwegs eine schnelle Information über die aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wurde eine „App“ entwickelt, die Karten und Arbeitsmarktbarometer mit elf Kennzahlen für alle Agenturbezirke, Länder und Kreise auf Smartphones und Tablet-PCs darstellt.

Weitere Informationen zur Statistik der BA erhalten Sie unter [statistik.arbeitsagentur.de](http://statistik.arbeitsagentur.de)



## NETZWERKARBEIT REGIONAL, NATIONAL UND INTERNATIONAL

Das Arbeiten in Netzwerken ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der BA auf den lokalen Arbeitsmärkten ebenso wie in den Bundesländern, auf Bundesebene oder im internationalen Kontext. Der lebendige Austausch in den Netzwerken, die Kommunikation nach innen und außen sowie der (selbst-)kritische Dialog über die Erreichung der geschäftspolitischen Ziele geben Anregungen zur Weiterentwicklung und Leistungssteigerung.

Netzwerkarbeit der BA reicht von regelmäßigen Arbeitstreffen mit den Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden oder Bundesministerien bis zum Austausch mit den Wohlfahrtsverbänden und Bildungsträgern. Darüber hinaus gibt es die gesetzlich normierte Gremienarbeit wie den Bund-Länder-Ausschuss, die Kooperationsausschüsse, Trägerversammlungen und örtliche Beiräte. Die gemeinsame Arbeit mit den vielfältigen Netzwerkpartnern der Zentrale der BA auf Bundesebene wird ergänzt durch entsprechende Aktivitäten der Regionaldirektionen auf Landesebene sowie der Agenturen und Jobcenter auf lokaler Ebene. Die Zusammenarbeit aller Akteure fördert die vernetzte Arbeit und den Austausch von Erfahrungen und guten Beispielen, damit Kundinnen und Kunden bestmöglich unterstützt werden können. Auch in migrationsspezifischen Netzwerken ist die BA vertreten: Die beiden alternierenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Annelie Buntenbach und Peter Clever, sowie der BA-Vorstand Grundsicherung, Heinrich Alt, sind Mitglied des Integrationsbeirates der Bundesregierung. Im bundesweit aufgestellten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ ist die BA strategischer Partner.

## ARBEITSMARKTMONITOR: FACHKRÄFTERADAR WEITERENTWICKELT

2012 hat der Arbeitsmarktmonitor als Informations- und Interaktionsplattform seine positive Entwicklung fortgesetzt. Die Nutzerzahlen erlebten eine konstante Steigerung bis auf einen Wert von 12.500 zum Ende des Jahres. Neben der laufenden Aktualisierung der bereitgestellten Daten zu Branchenentwicklungen und Regionalstrukturen wurde der Fachkräftenradar ständig weiterentwickelt. Informationen aus dem Fachkräftenradar werden auch an die Plattform [www.fachkraefte-offensive.de](http://www.fachkraefte-offensive.de) geliefert. Durch die Bereitstellung von Eurostat-Daten für die an Deutschland angrenzenden Nachbarregionen wurde die Möglichkeit der Analyse der regionalen Arbeitsmarktstrukturen insbesondere für die Grenzregionen verbessert. Hier können auch regionale Projekte kofinanziert werden.

Der Schwerpunkt der Weiterentwicklung lag auf der besseren Abbildung und Unterstützung regionaler Netzwerkarbeit zur Arbeitsmarktpolitik, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Fachkräftesicherung. Zum Jahresende verzeichnete der Arbeitsmarktmonitor knapp 700 regionale Netzwerke aus dem gesamten Bundesgebiet. Gleichzeitig wurde die Öffnung des Informationsbereiches der Plattform für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollzogen. Mit diesem Schritt gewinnt der Arbeitsmarktmonitor als Informations- und Planungsinstrument sowohl für die Beschäftigten der BA als auch für die Gesamtheit der Nutzer an Bedeutung. Für die Zukunft ist neben der ständigen Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots des Arbeitsmarktmonitors geplant, die Nutzung mit Smartphones und Tablet-PCs zu erleichtern.



## ZUSAMMENARBEIT IN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE

In 306 gemeinsamen Einrichtungen aus Arbeitsagenturen und kommunalen Trägern stimmen die Landkreise bzw. kreisfreien Städte und die Arbeitsagenturen in der Trägerversammlung das örtliche Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm untereinander ab. Damit wird gewährleistet, dass die Interessen des jeweiligen Trägers gewahrt werden und auch lokale Besonderheiten Berücksichtigung finden. Die Partner verständigen sich über organisatorische, personalwirtschaftliche, personalrechtliche und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten. Ferner stellt die Trägerversammlung einheitliche Grundsätze der Qualifizierungsplanung und Personalentwicklung auf und stimmt diese mit den Personalentwicklungskonzepten der Träger ab.

Der örtliche Beirat bildet als unabhängiges, sachkompetentes Gremium die Schnittstelle zwischen der öffentlichen Verwaltung in den Jobcentern und der Umsetzung und Erbringung der erforderlichen Maßnahmen durch die Arbeitsmarktdienstleister. Er berät die Jobcenter und die verantwortlichen Träger und gibt z.B. Impulse zu marktgerechten Qualifizierungen. Mit Expertenwissen sorgt er für eine externe Sicht der Dinge. Im Beirat können Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, Kammern, berufsständischen Organisationen, Träger der freien Wohlfahrtspflege und auch Kirchen vertreten sein.



Auf Landesebene hat der Gesetzgeber 16 Kooperationsausschüsse bestehend aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem jeweiligen Bundesland für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Arbeitsmarktpolitik auf Landesebene gestellt. Die Kooperationsausschüsse haben neben einer Beratungsfunktion auch konkrete Entscheidungskompetenzen insbesondere bei Konflikten über Weisungszuständigkeiten in den gemeinsamen Einrichtungen. Darüber hinaus nehmen sie übergreifende Aufgaben zur Koordinierung, Abstimmung und Schwerpunktsetzung auf Landesebene wahr.

Auf Bundesebene ist der Bund-Länder-Ausschuss eingerichtet worden, um die zentralen Fragen der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Aufsicht, des Kennzahlenvergleichs und der zu erhebenden Daten zu beobachten, zu beraten sowie die gesetzlich geforderten Zielvereinbarungen zu erörtern. Neben Bund und Ländern nehmen die Kommunalen Spitzenverbände und die BA am Bund-Länder-Ausschuss teil.

## HAUPTSTADTVERTRETUNG: IM DIALOG MIT DER BERLINER POLITIK

Die Hauptstadtvertretung repräsentiert und vertritt die Geschäftspolitik der BA im politischen Berlin gegenüber Abgeordneten des Bundestags, dem Bundesrat, dem Kanzleramt, Ministerien und Botschaften. Zu ihren Aufgaben gehört u.a. die Information des Vorstands und der Führungskräfte zu wichtigen Gesetzesvorhaben und Entwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik. Die Hauptstadtvertretung ist darüber hinaus Ansprechpartner für Journalistinnen und Journalisten der Parlamentsredaktionen und unterstützt dadurch die Pressestelle in der Zentrale. 2012 richtete die Hauptstadtvertretung einen gut besuchten Parlamentarischen Abend des Verwaltungsrats der BA zu aktuellen Arbeitsmarktthemen aus, u.a. mit dem Themenschwerpunkt des Arbeitsmarktmonitors. Mit Führungskräften der BA wurden Seminare zur Kommunikation im politischen Umfeld durchgeführt. Auch die unterstützende Vorbereitung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz, an welcher der Vorstand jährlich teilnimmt, gehörte zum Aufgabenspektrum.

## EUROPAVERTRETUNG: DIE BA IN BRÜSSEL

Die Arbeit der Europavertretung der BA in Brüssel war 2012 von der Frage der Staatsschuldenkrise und ihrer Auswirkungen auf die europäischen Arbeitsmärkte geprägt. Die sich in vielen EU-Staaten verschlechternde Arbeitsmarktsituation hat zu intensiven Aktivitäten sowohl von Seiten der Europäischen Kommission wie auch im europäischen Netzwerk der Leiterinnen und Leiter der öffentlichen Arbeitsmarktdienstleister geführt. Die Europavertretung hat diese Prozesse aktiv begleitet, indem sie die Kriseninterventionsinstrumente und -prozesse der BA erläutert hat. Bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit stand die Rolle der BA im System der dualen Berufsausbildung im Mittelpunkt des Interesses. Die Begleitung der Reform des EURES-Netzwerkes für die Verbesserung der innereuropäischen Mobilität von Arbeitskräften war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der Europavertretung. Vorstand und Verwaltungsrat der BA haben außerdem eine Sitzung in Brüssel genutzt, um mit hochrangigen EU-Vertretern über die aktuelle Situation zu diskutieren.

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN: IMPULSE UND WISSENSTRANSFER

Der Austausch mit Arbeitsverwaltungen und Arbeitsmarktakteuren anderer Länder trägt zur Reflexion des eigenen Handelns und zur Weiterentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Initiativen der BA bei. 2012 wurden vorrangig Impulse für die Integration von Jugendlichen und Älteren aufgenommen. Außerdem wurden weitere Benchmarks zur nachhaltigen Beschäftigung und zur Umsetzung von Maßnahmen für die Aktivierung und Integration von Langzeitarbeitslosen erarbeitet. Die BA ist für viele Arbeitsmarktorganisationen ein Vorbild für eine innovative Produktentwicklung, einen gelungenen Dialog mit den Sozialpartnern sowie für Effektivität. Die von der BA entwickelten Kennzahlen stoßen auf großes Interesse bei Partnerverwaltungen, die sich massiven Einsparungen gegenüber sehen. Hierzu wurden mit Unterstützung von Jobcentern und Arbeitsagenturen einige Workshops und Austausche durchgeführt. So wurde 2012 die Basis für eine intensive Unterstützung der griechischen Arbeitsverwaltung gelegt und die Zusammenarbeit mit den türkischen Partnern im Hinblick auf die Sicherung von Fachkräften intensiviert.

# ORGANISATION UND INNOVATION

Die Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit, die Erhöhung der Kundenzufriedenheit und die Steigerung der Zufriedenheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind wesentliche Ziele der BA und Antrieb zur stetigen Weiterentwicklung.

Die BA hat als Dienstleister auf dem Arbeitsmarkt in den letzten beiden Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der gesamtgesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen geleistet. In der nächsten Dekade einer zunehmend volatilen Welt stellen sich nun andere komplexe Aufgaben, die erfolgreich nur in enger Kooperation und guter Absprache mit zahlreichen Partnern auf der Landes- und der lokalen Ebene wahrgenommen werden können. Die BA hat auf diese Herausforderungen zum einen mit einer umfassenden Organisationsreform reagiert, zum anderen hat sie sich mit „BA 2020“ ein Entwicklungsprogramm für kommende Jahre gegeben. Grundpfeiler der Leistungs- und Innovationsfähigkeit der BA sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen. Technische Innovationen, effiziente Einkaufsprozesse und eine verlässliche Informationstechnik unterstützen sie bei ihrer Arbeit mit den Kundinnen und Kunden.

## INTERNE WEITERENTWICKLUNG

### NEUORGANISATION DER ARBEITSAGENTUREN: DIE BA BLEIBT VOR ORT

Im Rahmen der Neuorganisation der BA wurde die regionale Gliederung der Agenturbezirke an die Grenzen der Landkreise und kreisfreien Städte angepasst. Landräte und Bürgermeister, aber auch die Jobcenter, haben künftig nur noch eine Arbeitsagentur als Ansprechpartner. Dies erhöht die Transparenz und sichert das Fundament für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vor Ort. Damit die Agenturen für Arbeit auch in Zukunft kundennahe Dienstleistungen vor Ort erbringen können, waren bei der Neuabgrenzung Mindestgrößen einzuhalten. Wenige kleinere Agenturen für Arbeit wurden zusammengeführt. Die Gesamtzahl der Agenturen für Arbeit reduzierte sich von 176 auf 156. Entsprechend der Komplexität der Umstellung erfolgte die Neuorganisation der Agenturen für Arbeit ab Mitte 2012 bis Anfang 2013 zu drei Zeitpunkten.

Der Neuzuschnitt der Agenturgrenzen hat jedoch keine Auswirkung auf die Zahl der Standorte: Die Agenturen für Arbeit bleiben bundesweit an fast 1.100 Standorten in allen Regionen Deutschlands vertreten. Für die Kundinnen und Kunden bleiben ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die persönliche Beratung vor Ort erhalten: Die kundennahen Dienstleistungen wie Beratung, Vermittlung und der Antragservice für das Arbeitslosengeld befinden sich unverändert in den Organisationseinheiten vor Ort, die Wege für die Kundinnen und Kunden bleiben kurz.

Dagegen werden die sachbearbeitenden Aufgaben ohne direkten Kundenkontakt – wie z.B. die Berechnung und Bewilligung von Trägerleistungen oder Eingliederungszuschüssen – organisatorisch ausgelagert und in 40 Operativen Services führungstechnisch gebündelt. In den Operativen Services werden fachlich spezialisierte Teams die vielfältigen und komplexen sachbearbeitenden Aufgaben wahrnehmen. Dadurch werden Arbeitsabläufe optimiert und die Qualität der Sachbearbeitung erhöht. In den bisherigen Strukturen wurden in der Regel von wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oftmals zu viele Aufgabengebiete abgedeckt. Die Flächeneinführung der Operativen Services soll Anfang Mai 2013 erfolgen.

Die zentrale Funktion der Regionaldirektionen liegt zukünftig in der Steigerung der Leistungs- und Reaktionsfähigkeit (Gesamtperformance) und schließt die Gesamtverantwortung für das operative Geschäft in ihrem Bezirk ein. Hierfür wurde eine hohe Flexibilität in den Organisationsstrukturen geschaffen, indem die Regionaldirektionen eigenverantwortlich ihre Binnenorganisation ausgestalten sowie den Einsatz ihres Personalbudgets festlegen können. Die Regionaldirektionen richteten zur Verbesserung der Zusammenarbeit Beiräte auf Ebene der Bundesländer ein. Die Beiräte sollen insbesondere die Diskussionen von Sozialpartnern und der öffentlichen Hand intensivieren sowie die Netzwerkarbeit und gemeinsame Initiativen befördern.

#### ELEKTRONISCHE AKTE LÖST PAPIERAKTE AB

Die elektronische Akte (eAkte) ist das digitale Abbild der heutigen Papierakte. Alle Dokumente werden gerichtsverwertbar und revisionssicher gespeichert. Die eingehende und ausgehende Post wird weitgehend automatisiert und in elektronischer Form der Kundenakte zugeordnet. Voraussetzung hierfür ist das Digitalisieren des Schriftguts, Bestandsakten werden anlassbezogen eingescannt. Das Volumen ist eine große logistische Herausforderung: Allein das tägliche Postaufkommen beträgt 260.000 Dokumente, jährlich gehen 62 Millionen Schriftstücke per Post ein. 22 Millionen aktive Kundenakten werden geführt, und 39.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten mit dem System.

Die eAkte ist Ausgangspunkt für den Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Organisation, insbesondere der Bündelung von Aufgaben der Leistungsgewährung. Sie bereitet den Weg in das papierlose Büro für den gesamten Bereich der Arbeitslosenversicherung vor. Die eAkte ist durch die ortsunabhängig verfügbaren Akteninhalte eine wesentliche Voraussetzung für die Einführung der Operativen Services. Die mit der eAkte direkt nach Posteingang oder Bearbeitung verfügbaren Dokumente bewirken bessere und schnellere Auskünfte durch die Service-Center, so dass die Kundenanliegen unmittelbarer und umfassender bedient werden können und im Ergebnis die Kundenzufriedenheit steigt.

Mit der Einführung der eAkte in der Arbeitslosenversicherung nimmt die BA eine Vorreiterrolle innerhalb der Bundesverwaltung ein. Eine annähernd vergleichbar große Umstellung von Papierakten auf die elektronische Aktenführung hat europaweit bislang nicht stattgefunden. Die elektronische Akte der BA ist damit das größte E-Government-Projekt europaweit und das größte Aktendigitalisierungsprojekt weltweit.

#### „EPULS“ VERZAHNT LEISTUNGSVERFAHREN UND ELEKTRONISCHE AKTE

Mit dem „Programm zur elektronisch unterstützten Leistungserbringung SGB II (ePuls)“ setzt die BA ihre E-Government-Strategie in der Grundsicherung für Arbeitsuchende fort. Unter dem Dach von ePuls werden zukünftig das Leistungsverfahren ALLEGRO mit der elektronischen Akte und ihren Bestandteilen (Dokumentenmanagementsystem, Digitalisierung von Schriftgut und Langzeitarchiv) eng miteinander verzahnt. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat der Weiterentwicklung des bereits bestehenden eAkte-Basisdienstes und der Pilotierung der elektronischen Akte in ausgewählten gemeinsamen Einrichtungen zugestimmt. Damit unterstützt die BA den Aufbau zukunftsorientierter, moderner und leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen in den gemeinsamen Einrichtungen und deren weitere Professionalisierung bei der Leistungserbringung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

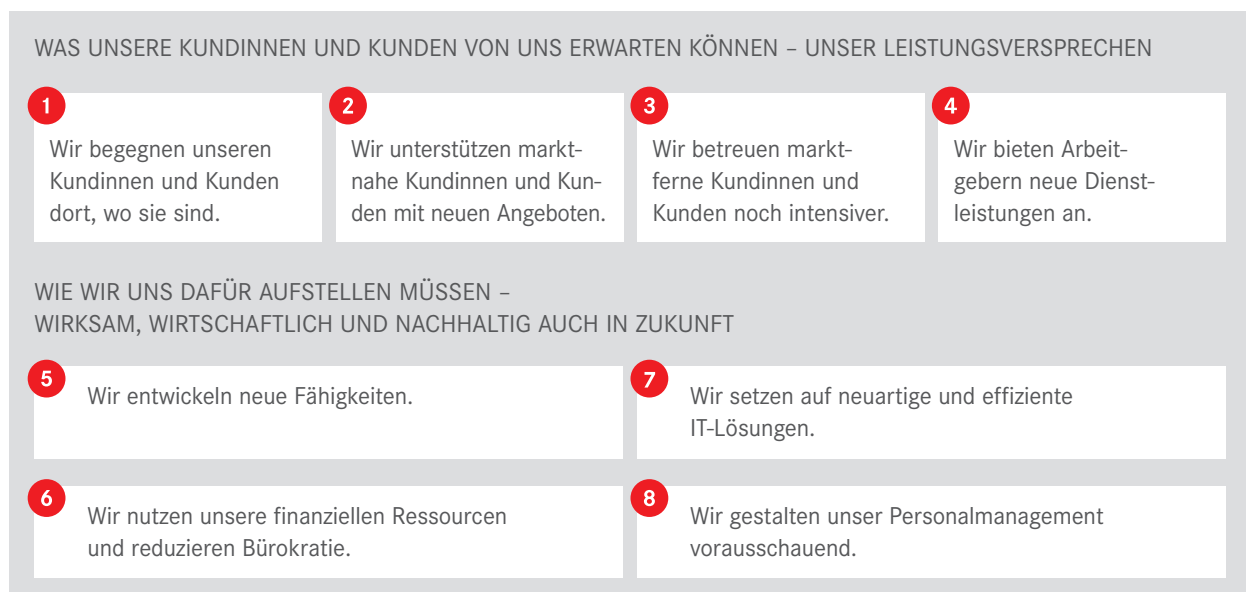
## „BA 2020“ FORMULIERT ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVE DER BA BIS 2020

Unter dem Titel „BA 2020 - Antworten der Bundesagentur für Arbeit auf Fragen der Zukunft“ haben der Vorstand und der Verwaltungsrat der BA ein Positionspapier erarbeitet, das einen Entwicklungsweg der BA für die kommenden Jahre aufzeigt. Nachdem die BA sich in den letzten zehn Jahren in drei Reformphasen – Führbarkeit, Operative Leistung und Innovation – einschneidend verändert hat, geht es nun darum, die Organisation der BA kontinuierlich weiterzuentwickeln, die Leistungsfähigkeit der BA zu verbessern und dabei die globalen Trends auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen.

Sechs Megatrends prägen die großen Linien des Wandels, welche die BA zu aktivem gestaltenden Handeln auffordern:

1. Leben und Arbeit werden mobiler, flexibler und volatil.
2. Der demografische Wandel wird spürbar.
3. Die Märkte werden internationaler.
4. Die Wissens- und Informationsgesellschaft entwickelt sich rasant.
5. Teilhabechancen sind zunehmend ungleich verteilt.
6. Öffentliche Finanzen bleiben knapp.

Die Antworten, welche die BA gefunden hat, gelten für die Arbeitslosenversicherung und für den von ihr zu verantwortenden Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit ihren jeweiligen Besonderheiten gleichermaßen, da sich die BA in der Verantwortung für den gesamten Arbeitsmarkt sieht. Aus den sechs Megatrends und den dazugehörigen Thesen leitet die BA mit ihrem Positionspapier „BA 2020“ Aufgaben ab, die sie in den kommenden Jahren acht Handlungsfeldern zuordnen und verfolgen wird. Die Handlungsfelder 1 bis 4 enthalten das Leistungsversprechen gegenüber unseren Kundinnen und Kunden. Die Handlungsfelder 5 bis 8 beschreiben, welche Aspekte die BA in Bezug auf die Personal- und Kompetenzentwicklung sowie die Verbesserung ihrer Ressourcen beachten muss:



Auf der Grundlage der acht Handlungsfelder wird das konkrete Programm der BA bis 2020 erstellt und mit Hilfe eines strategischen Programmmanagements umgesetzt. Dabei werden die Prämissen der Strategie regelmäßig an den Realitäten gespiegelt, so dass die BA gegebenenfalls flexibel reagieren kann, wenn besondere bisher noch nicht gesehene Umstände eintreten sollten.

## SICHERUNG UND STEIGERUNG VON QUALITÄT

### DIE BA: EINE LERNENDE ORGANISATION

Die BA hat den Anspruch, die Qualität ihrer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Nach der erfolgreichen Erprobung in Projekten hat sie 2012 über die bestehenden Einzelansätze hinaus ein Gesamtsystem „Kontinuierliche Verbesserung“ etabliert.

Für alle Regionaldirektionen und für die Stützpunkte der „Internen Beratung SGB II“ wurden Trainerinnen und Trainer für Kontinuierliche Verbesserung ausgebildet. Die Regionaldirektionen haben damit begonnen, in ihren Regionen Moderatorinnen und Moderatoren für die Arbeitsagenturen zu qualifizieren sowie Workshops zur Prozessverbesserung anzubieten und durchzuführen. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernimmt die Interne Beratung SGB II diese Aufgabe. Parallel dazu erprobten die beiden Arbeitsagenturen Trier und Augsburg die Selbstbewertung nach dem europäischen Qualitätsmanagementmodell Common Assessment Framework (CAF).

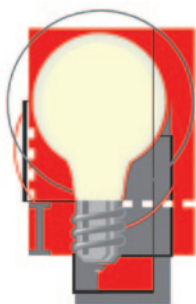
Um die Kontinuierliche Verbesserung vor Ort zu verstetigen, sind für 2013 neben der Ausweitung der dezentralen Aktivitäten weitere Qualifizierungsmaßnahmen und eine Erprobung der CAF-Selbstbewertung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geplant.

#### KONTINUIERLICHE VERBESSERUNG IN TRIER

Erste Erfolge bei der Verbesserung der Qualität ihrer Dienstleistungen konnten die Agentur für Arbeit und das Jobcenter in Trier (Stadt) erzielen: So konnte beispielsweise der Prozess der Stellenbesetzung und der Integration von Arbeitsuchenden optimiert werden. Arbeitnehmer- und arbeitgeberorientierte Arbeitsvermittlerinnen und Arbeitsvermittler erarbeiteten nach systematischer Analyse ihrer jeweiligen Vorgehensweise u.a. einheitliche Standards, nach denen sie relevante Informationen zu den Anforderungen einer Stelle und zum Bewerberprofil erheben. In der Folge hat sich die Suchdauer verringert, die Trefferquote sowie die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit sind gestiegen.



#### CREATIV IDEENMANAGEMENT: „IDEENBOX“ VEREINFACHT VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE



Das betriebliche Vorschlagswesen „creativ Ideenmanagement“ ist ein bewährtes Element der Kontinuierlichen Verbesserung in der BA. Damit werden das Wissen und die Ideen der Beschäftigten nutzbar gemacht, um die Aufgabenerledigung in allen Organisationseinheiten zu verbessern. Dies zu fördern, ist ein Grundgedanke des Leitbildes der BA.

Seit April 2012 finden alle Beschäftigten eine „Ideenbox“ auf ihrem PC-Desktop. Sie vereinfacht die Eingabe von Verbesserungsvorschlägen und macht den Bearbeitungsstand jeder Idee transparent. Zudem gibt die Ideenbox Auskunft über eingereichte Vorschläge und bietet Anregungen für neue Ideen. Die Erwartungen an das Tool haben sich erfüllt: Die Zahl der monatlichen creativ-Vorschläge hat von 2.200 im Jahr 2011 auf 3.600 zugenommen. Der durch das Vorschlagswesen für die BA erzielte Nutzen liegt beispielsweise im Bereich des Umweltschutzes, der Arbeitssicherheit sowie in der Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit.

#### „INTERNE BERATUNG SGB II“ STÄRKT DIE DEZENTRALE FÜHRUNGSKOMPETENZ

Die Interne Beratung SGB II hat als unternehmerisch geführtes Cost Center im öffentlichen Auftrag eine hohe Akzeptanz bei ihren Kundinnen und Kunden – den Geschäftsführungen der gemeinsamen Einrichtungen – erreicht. Der Einkauf der Beratungsleistung durch die Geschäftsführungen aus ihren dezentralen Verwaltungskostenbudgets erfordert eine intensive Kosten-Nutzen-Abwägung und fördert die nachhaltige Umsetzung der Beratungskonzepte. Mit ihrer methodischen und fachlichen Spezialisierung entwickeln die Beratungsteams unter Einbeziehung von Fach- und Führungskräften des beratenen Jobcenters maßgeschneiderte lokale Lösungen für ihre Auftraggeber. 2012 wurden von der Internen Beratung SGB II 93 Jobcenter beraten. Mittlerweile wird die Interne Beratung SGB II nicht mehr nur zur Fach- und Prozessberatung herangezogen, sondern zum gesamten Themenspektrum der lokalen Gestaltungsspielräume der gemeinsamen Einrichtungen beauftragt. Nach im Vorjahr 52 Prozent hat sie 2012 ca. 61 Prozent ihrer Kosten decken können und einen Umsatz von ca. 4,25 Millionen Euro erzielt (Vorjahr 3,59 Millionen Euro).

#### INTERNE REVISION ZEIGT VERBESSERUNGSPOTENZIALE AUF

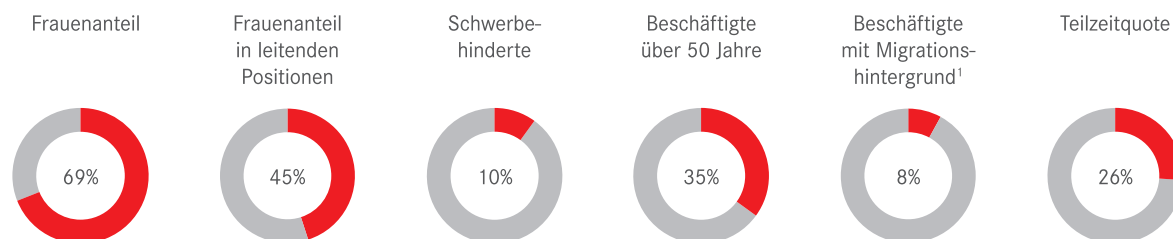
Die Interne Revision übt eine unabhängige, objektive Prüfungs- und Beratungsfunktion aus. Im Verständnis einer guten Unternehmensführung werden regelmäßig alle Teilbereiche der BA auf der Grundlage international anerkannter Revisionsstandards geprüft. Das Management wird in der effektiven Ausübung seiner Verantwortung in den jeweiligen strategischen Geschäftsfeldern unterstützt. Revisionsberichte analysieren die Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit von Geschäftsprozessen und informieren den Vorstand und den Verwaltungsrat über Optimierungsbedarfe. Das operative Management sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten die Möglichkeit, anhand von konkreten Empfehlungen Verbesserungspotenziale in der täglichen Arbeit zu erkennen und zu nutzen. Die Interne Revision begleitet daneben interne Projekte, um auf mögliche Risiken, die sich für die BA ergeben können, frühzeitig hinzuweisen. Zum Aufgabengebiet der Internen Revision gehören auch die Prävention und die Bekämpfung von Korruption und sonstigen dolosen Handlungen.

## PERSONALPOLITIK DER BA FÖRDERT BESCHÄFTIGUNGSFÄHIGKEIT DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

### VORAUSSCHAUENDE PERSONALPOLITIK

Die Beschäftigungsfähigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht im Vordergrund der Personalpolitik der BA. Eine vorausschauende Personalplanung berücksichtigt sowohl die Alterung als auch die unterschiedlichen Lebensphasen der Beschäftigten. In diesem Zusammenhang hat auch die Erschließung der Potenziale von Frauen, insbesondere in Leitungs- und Führungsfunktionen, weiterhin einen hohen Stellenwert. Das im 3. Gleichstellungsplan der BA definierte strategische Rahmenprogramm wurde 2012 an die aktuellen Entwicklungen angepasst und aktualisiert. Die BA befindet sich derzeit mit einem Frauenanteil in Führungspositionen von 45,5 Prozent (Stand 30. Juni 2012) auf einem guten Weg, die angestrebte Erhöhung auf 46,2 Prozent bis Ende 2013 zu erreichen.

### Wichtige Kennzahlen aus dem Personalbereich



<sup>1</sup> Die Daten basieren auf freiwilligen Angaben im Rahmen einer internen Mitarbeiterbefragung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, ERP-Personal

Das ganzheitliche Personalmanagement und die lebensphasenorientierte Personalpolitik der BA erfuhr hohe Anerkennung auf Bundesebene: Im Rahmen des Regierungsprogramms „Vernetzte und transparente Verwaltung“ wurde der BA die fachliche Leitung der Projektgruppe „Demografiesensibles Personalmanagement in der Bundesverwaltung“ übertragen. Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern wurden in der Projektgruppe Empfehlungen zur Gestaltung eines demografiesensiblen Personalmanagements und ein Leitfaden zur Ausgestaltung einer lebensphasenorientierten Personalpolitik entwickelt. Die BA hat außerdem am Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin mitgewirkt und ist in Arbeitsgruppen im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung aktiv. Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Integration der Bundesregierung unterstützt die BA mit verschiedenen Projekten und Initiativen auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber und treibt die interkulturelle Öffnung voran.

### Stellen für Dauerkräfte und Beschäftigungsmöglichkeiten für befristete Kräfte bei der BA

	Insgesamt	Arbeitslosen- versicherung <sup>1</sup> und Interner Service sowie Dienstleistung Grundsicherung	Grundsicherung <sup>2</sup> ohne Dienstleistung Grundsicherung	Familienkasse
<b>Zusammen</b>	<b>108.536,0</b>	<b>60.677,5</b>	<b>44.017,5</b>	<b>3.841,0</b>
davon Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	77.060,0	41.789,5	31.955,5	3.315,0
Beamteninnen und Beamte	18.938,5	12.465,5	6.079,0	394,0
Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag	8.617,5	2.502,5	5.983,0	132,0
Nachwuchskräfte <sup>3</sup>	3.920,0	3.920,0		
davon Auszubildende	2.790,0	2.790,0		
Studierende	1.010,0	1.010,0		
Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker	120,0	120,0		

<sup>1</sup> Agenturen für Arbeit, Regionaldirektionen, besondere Dienststellen und Zentrale einschließlich Interner Service und Dienstleistung Grundsicherung; ohne überörtlich wahrzunehmende Verwaltungsaufgaben (üKo).

<sup>2</sup> gemeinsame Einrichtungen sowie überörtlich wahrzunehmende Verwaltungsaufgaben (ohne Dienstleistung Grundsicherung).

<sup>3</sup> Nachwuchskräfte werden nur in der Arbeitslosenversicherung ausgewiesen. Allerdings werden diese auch für die Familienkasse und den Rechtskreis Grundsicherung ausgebildet.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Haushaltsplan des Haushaltsjahres 2012

### BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT

Im Juni 2012 hat die BA eine anonymisierte Online-Befragung zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement durchgeführt. Befragt wurden alle Beschäftigten im Geschäftsbereich der Arbeitslosenversicherung; rund 24.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt.

Als wesentliche Erkenntnisse konnten dabei unter anderem Stärken in der Zusammenarbeit der Kolleginnen und Kollegen untereinander, im wahrgenommenen Gemeinwohlbeitrag und in der Arbeitsplatzausstattung festgestellt werden. Die geringen Unterschiede zwischen Beschäftigten mit und ohne Behinderung lassen zudem auf eine erfolgreiche Inklusion schließen. Als Handlungsfelder für die weitere Entwicklung sind beispielsweise die gesundheitsorientierte Führung oder die Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität zu nennen.

Die Auswertung der Ergebnisse wird eingebettet in ein personalpolitisches Handlungsprogramm zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, das z.B. auch die Gesundheitsquote einbezieht, um künftige Handlungsfelder zu identifizieren. Anschließend werden konkrete Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, die die örtlichen Besonderheiten berücksichtigen.

## QUALIFIZIERUNG IST ERFOLGSFAKTOR DER PERSONALENTWICKLUNG

Kernziel der Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA ist es, notwendige Kompetenzen bedarfsorientiert und zeitnah zu vermitteln. Insgesamt haben BA-Beschäftigte 2012 an rund 300.000 Tagen an Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen. Damit bewegen sich die Qualifizierungsaktivitäten weiterhin auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Nach dem Abschluss bundesweiter Großprojekte hat sich der Schwerpunkt in der Arbeitslosenversicherung stärker hin zur individuellen Qualifizierung entwickelt. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende standen die Schulungen rund um die Beratungskonzeption SGB II im Vordergrund der Qualifizierungsaktivitäten.

### ALLEINERZIEHENDE AUSZUBILDENDE MIT MIGRATIONS HinterGRUND IN ESSEN

Um ihnen bei der BA eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen, wurden gezielt Alleinerziehende mit Migrationshintergrund gesucht und angesprochen. Die BA möchte mit diesem Pilotprojekt eine Vorbildfunktion übernehmen und zur Sensibilisierung anderer Unternehmen beitragen. Im Rahmen des Pilotprojektes wird auf die besondere Situation der Auszubildenden eingegangen. Sie können beispielsweise zeitlich flexibel arbeiten, und es besteht die Möglichkeit, die Ausbildung in Teilzeit zu absolvieren. Außerdem wird den Auszubildenden Unterstützung über den professionellen „Organisationservice Kinderbetreuung und Pflege“ angeboten. Zusätzlich sind spezielle Qualifizierungsmaßnahmen oder – soweit erforderlich – eine gesonderte Förderung der Sprachkompetenz möglich.



## AUSBILDUNG UND STUDIUM BEI DER BA

### Startschuss für neuen Ausbildungsberuf

Seit September 2012 bildet die BA den neuen Beruf „Fachangestellte/r für Arbeitsmarktdienstleistungen“ aus. Im Mittelpunkt steht dabei die handlungsorientierte Entwicklung von Kompetenzen im Gegensatz zur reinen Wissensvermittlung. Damit wird die neue Ausbildung der sich ständig wandelnden Arbeitswelt und den Veränderungen der Aufgabenstellungen der BA gerecht. In der Folge wurde der betriebliche Ausbildungsplan in Form eines Ausbildungshandbuchs grundlegend überarbeitet und das Ausbildungspersonal mit Blick auf die künftigen Herausforderungen umfassend qualifiziert.

### Hochschule der BA weiterhin staatlich anerkannt

Nach der erneuten Akkreditierung ihrer Bachelor-Studiengänge 2011 hat die Hochschule der BA 2012 auch die Systemakkreditierung erfolgreich durchlaufen. Diese war Grundlage für die Verlängerung der staatlichen Anerkennung durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

## KOOPERATION MIT DER BUNDESWEHR

Die BA und die Bundeswehr arbeiten seit 2010 bzw. 2011 im Rahmen zweier Kooperationsvereinbarungen zu den Themen der Personalgewinnung, der Personalvermittlung und dem Personaltransfer eng zusammen. Dadurch werden die Personalgewinnungsprozesse der Bundeswehr unterstützt und die Fachkräftenachfrage der Unternehmen bestmöglich bedient, da die Soldatinnen und Soldaten über wertvolle berufliche Qualifikationen, Erfahrungen und insbesondere über wesentliche persönliche Kompetenzen verfügen. Im Kooperationsfeld Personaltransfer helfen ganzheitliche Lösungsansätze unter Mitwirkung aller relevanten Netzwerkpartner sowohl die personellen, aber auch die strukturellen und ökonomischen Folgen für die von den Standortschließungen betroffenen Regionen zu bewältigen.



## NEUE ELEMENTE „FÜHRUNGSBEGLEITUNG UND FÜHRUNGSSIMULATION“

Unter dem Titel „Führung erlebbar machen“ hat die Führungsakademie der BA 2012 zwei neue Entwicklungsmaßnahmen für die gesamte Führungsmannschaft einer Agentur für Arbeit oder eines Jobcenters ein- und durchgeführt. „Führungsbegleitung“ und „Führungssimulation“ zielen darauf ab, die beteiligten Führungskräfte in ihrer Selbst- und Teamreflexion zu fördern. Sie sollen bewusster und gezielter in ihrem jeweiligen Führungshandeln werden und damit die Führungsqualität und -leistung und die Zusammenarbeit im Führungsteam verbessern. Die beteiligten Führungskräfte erhalten nicht nur eine persönliche Rückmeldung in Vier-Augen-Gesprächen, sondern auch ein konsolidiertes Feedback zur Zusammenarbeit und Führungsleistung sowie konkrete Empfehlungen. Daraus entwickeln sie einen Maßnahmenplan, der ein halbes Jahr später gemeinsam in einem Workshop vertieft wird.

## NEUREGELUNG FÜR OBERSTE FÜHRUNGSKRÄFTE ZUR WEITEREN FLEXIBILISIERUNG DER LEITUNGSSTRUKTUREN DER BA

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt ist das Dienstrecht der BA erneut weiterentwickelt worden. Zur weiteren Flexibilisierung der Leitungsstrukturen der BA sind Regelungen zum Anstellungsverhältnis oberster Führungskräfte eingeführt worden: Das strategische Führungspersonal der BA wird künftig vorrangig in einem auf höchstens fünf Jahre befristeten Anstellungsverhältnis beschäftigt. Dadurch wird ein regelmäßiger Personalaustausch zwischen den Leitungsebenen innerhalb der BA sowie zwischen der BA und anderen Arbeitgebern möglich. Die vom Verwaltungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe Personal ist vor Begründung eines Anstellungsverhältnisses zu beteiligen. Das Letztentscheidungsrecht des Verwaltungsrats bleibt davon unberührt.

## HAUSHALT UND EINKAUF

### 109 MILLIARDEN EURO GESAMTAUSGABEN LEISTEN BEITRAG ZUR SOZIALEN SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND

Die BA leistet mit den ihr übertragenen Aufgaben einen großen Beitrag zur sozialen Sicherheit in Deutschland. So wurden im gesamten Jahr 2012 rund 108,86 Milliarden Euro durch die BA ausgezahlt. Mit rund 34,84 Milliarden Euro stellt der Versicherungshaushalt noch vor dem steuerlichen Kindergeld (33,10 Milliarden Euro) die größte Ausgabeposition dar, gefolgt von der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit 32,35 Milliarden Euro. Insgesamt hat die BA 2012 rund 200 Millionen Zahlungsvorgänge abgewickelt.

### ROBUSTER ARBEITSMARKT STÜTZT DEN HAUSHALT DER ARBEITSLÖSENVERSICHERUNG

Nach dem kräftigen Wirtschaftswachstum im Vorjahr hat sich die deutsche Konjunktur beeinflusst durch die europäische Schuldenkrise 2012 abgeschwächt. Der Arbeitsmarkt zeigte sich dennoch robust, so dass die BA zum Ende des Haushaltsjahres einen Überschuss in Höhe von 2,59 Milliarden Euro erzielen konnte. Somit ist es erstmals seit der vergangenen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder gelungen, eine moderate Rücklage aufzubauen.

Der Haushaltsplan 2012 sah für 2012 nur ein leichtes Finanzierungsplus von 0,55 Milliarden Euro vor. Zur Verbesserung des Finanzergebnisses führten vor allem geringere Ausgaben, insbesondere im Bereich der Leistungen der aktiven Arbeitsförderung. Die grundsätzlich gute Arbeitsmarktlage 2012 führte dazu, dass vielfach Arbeitslose ohne Förderung vermittelt werden konnten. Insgesamt wurden mit 34,84 Milliarden Euro rund 2,93 Milliarden Euro weniger verausgabt als im Haushaltsplan vorgesehen.

Die gesamten Einnahmen beliefen sich auf rund 37,43 Milliarden Euro, die Planungen im Haushalt wurden somit um 0,34 Milliarden Euro unterschritten. Dies ist fast ausschließlich darauf zurückzuführen, dass weniger Dienstleistungen durch die Grundsicherungsstellen in Anspruch genommen wurden. Demzufolge wurden rund 0,61 Milliarden Euro weniger Verwaltungskosten abgerechnet und vom Bund erstattet. Die Beitragseinnahmen, die mit rund 71 Prozent die größte Einnahmeposition bilden, beliefen sich auf 26,57 Milliarden Euro, rund 0,23 Milliarden Euro mehr als geplant.



## SEPA-EINFÜHRUNG IN DER BA SCHREITET VORAN

Durch die SEPA-Verordnung (Single Euro Payments Area, Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) werden die Teilnehmerländer von der EU verpflichtet, ihren Zahlungsverkehr – also Überweisungen und Lastschriften – bis zum 31. Januar 2014 auf das einheitliche SEPA-Format umzustellen, das die bisherigen Bankleitzahlen und Kontonummern ablöst. Um eine koordinierte Umstellung aller betroffenen Verfahren in der BA zu gewährleisten, wurde das SEPA-Projekt initiiert. Im Dezember 2012 wurde das IT-Verfahren zur Abwicklung der Kindergeldzahlungen umgestellt, so dass ab Anfang des Jahres 2013 bereits mehr als die Hälfte aller Auszahlungsvorgänge im SEPA-Format erfolgen.

Überweisungen sind bis Dezember 2013 parallel im jetzigen und im SEPA-Format zugelassen. Ende August 2013 sollen alle technischen Voraussetzungen für den SEPA-Zahlungsverkehr erfüllt sein. Zur Konvertierung der vorhandenen Daten bedient sich die BA einer Lösung der Sparkassen, die von der Bundesbank empfohlen wird. Datenschutz und Datensicherheit sind jeweils gewährleistet.

## EINKAUFSVOLUMEN STEIGT DURCH NEUE IT-PROJEKTE

Das Gesamteinkaufsvolumen für Güter und Dienstleistungen der Infrastruktur und Informationstechnik und der Regionalen Einkaufszentren für Arbeitsmarktdienstleistungen belief sich 2012 auf 2,57 Milliarden Euro.

Im Bereich Infrastruktur und Informationstechnik betrug das Einkaufsvolumen 1,16 Milliarden Euro bei 1.701 erteilten Aufträgen. Der überwiegende Anteil des Einkaufsvolumens wurde europaweit wettbewerblich vergeben und in Rahmenverträgen gebündelt. Die deutliche Steigerung beim Einkaufsvolumen und der Anzahl europaweiter wettbewerblicher Vergabeverfahren gegenüber 2011 ist vorrangig auf die Vergabe neuer IT-Projekte, bedeutender Einrichtungsprojekte wie die Neukonzeption der Berufsinformationszentren und die Weiterführung bereits bestehender großer Dienstleistungsverträge zurückzuführen.

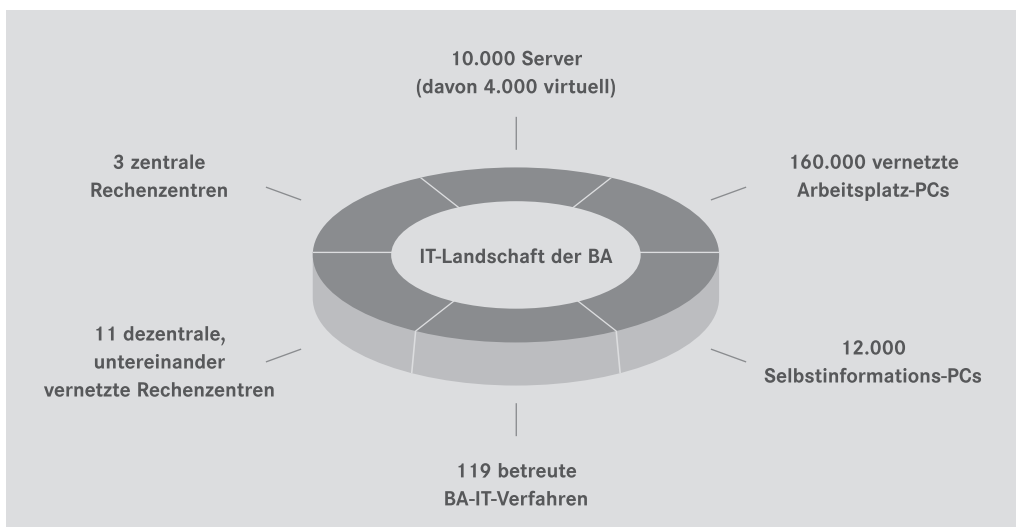
Zur weiteren Unterstützung der elektronischen Einkaufsprozesse, wurde das im letzten Jahr aufgesetzte Projekt Einkaufsressourcenmanagement 2012 für den Zentraleinkauf fortgeführt. Die Produktivsetzung des Kernstücks dieses Projekts, eines elektronischen Vertragsmanagementsystems ist für das zweite Quartal 2013 geplant. Auf den Einkauf von Arbeitsmarktdienstleistungen entfielen rund 1,41 Milliarden Euro; der Anteil in der Arbeitslosenversicherung betrug rund 61 Prozent. Es wurden insgesamt 5.732 neue Verträge für Arbeitsmarktdienstleistungen mit Maßnahmenbeginn 2012 abgeschlossen.

Die BA legt besonderen Wert auf die Maßnahmenqualität und damit erreichbare Integrationserfolge. Um zukünftig bei der Auswahl geeigneter Anbieter von Arbeitsmarktdienstleistungen auch deren bisherige Erfolge stärker gewichten zu können, ist eine Änderung des Vergaberechts erforderlich. Die BA befürwortet entsprechende Bemühungen.

## INFORMATIONSTECHNIK

### WEITERENTWICKLUNG DER IT-LANDSCHAFT: MEHR SERVICEORIENTIERUNG

Die BA betreibt eine der größten IT-Systemlandschaften Deutschlands. Für die Aufgabenerledigung der BA ist eine leistungsfähige IT-Unterstützung erforderlich. Insbesondere die Zuverlässigkeit der angebotenen IT-Dienstleistungen ist neben Größe und Komplexität eine besondere Herausforderung. So werden pro Monat acht Millionen Postsendungen und 36 Millionen E-Mails versandt und 17 Millionen Überweisungen angewiesen.



Die Neuorganisation der BA hat umfangreiche Anpassungen auch der IT-Verfahren und IT-Zuständigkeiten mit sich gebracht. So wurden etwa die Bearbeitungszuständigkeiten der Agenturen neu geregelt. Diese bildet ein von der IT entwickelter zentraler Dienst ab, der außerdem einen weiteren wichtigen Schritt zum Umbau der IT-Landschaft in Richtung Serviceorientierung darstellt. Außerdem konnten die notwendigen Anpassungen der IT-Verfahren termingerecht bereitgestellt werden.

### BETEILIGUNG DER LÄNDER UND KOMMUNEN AN DER IT-ENTWICKLUNG

Die BA stellt für die gemeinsamen Einrichtungen die zentralen IT-Verfahren zur Verfügung und unterstützt damit eine einheitliche und effiziente lokale Erledigung der Aufgaben in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Entsprechend der Beteiligung der kommunalen Träger an den gemeinsamen Einrichtungen entwickelt die BA die IT-Verfahren auch für die kommunalen Aufgaben. Um die kommunalen Träger und die aufsichtführenden Länder an der Entwicklung der zentralen IT für die Grundsicherung zu beteiligen, wurde unter dem Dach des Bund-Länder-Ausschusses die Arbeitsgruppe „Zentrale IT SGB II“ eingerichtet. In dieser Arbeitsgruppe werden kommunale Änderungsanliegen konkretisiert und strukturiert an die BA herangetragen.



## GREEN IT

Mit der „Green-IT-Strategie 2013“ unterstützt das IT-Systemhaus der BA die Green-IT-Initiative des Bundes. Diese hat zum Ziel, bis 2013 den durch den IT-Betrieb verursachten Energieverbrauch der Bundesverwaltung im Vergleich zu 2009 um 40 Prozent zu reduzieren. In der BA wurde der IT-Gesamtjahresverbrauch in den Rechenzentren, IT-Räumen und den IT-Arbeitsplätzen bisher – bezogen auf den Basiswert aus dem Jahr 2009 in Höhe von 208 Gigawattstunden – um 38 Prozent oder 80 Gigawattstunden (Stand September 2012) reduziert.

Zu den 2012 umgesetzten Handlungsfeldern der Green-IT-Strategie 2013 zählte insbesondere die dezentrale Rechenzentrumskonsolidierung. Alte Hardware wurde ausgetauscht und die Zahl der dezentralen Server reduziert. Außerdem wurden 930 Klimaanlage und 200 Anlagen zur Sicherung der unterbrechungsfreien Stromversorgung abgeschaltet. Mit dem Umstieg auf Voice-over-IP-Telefonie konnten die für die Telefonie bisher genutzten 1.600 Telekommunikationsanlagen und 3.100 Sprachserver außer Betrieb genommen werden. Weitere Verbrauchsreduzierungen erfolgten durch Servervirtualisierung, die Reduzierung des Verbrauchs in den zentralen Rechenzentren – z.B. durch den Einsatz von direkter freier Kühlung – und den Austausch von IT-Arbeitsplatzgeräten.

Auf der Grundlage der bisher erreichten Ergebnisse und der noch zu erzielenden Energieeinsparung bis Ende 2013 wird die IT der BA, auch über 2013 hinaus, die Energieeinsparung als ein zentrales Ziel vorantreiben. Deshalb wurde die Green-IT-Strategie weiterentwickelt, um das erreichte Niveau des IT-Gesamtenergieverbrauchs bis 2020 zu sichern und weitere Einsparungspotenziale zu erschließen. Für die Erfolge bei der Konsolidierung der dezentralen Rechenzentren wurde die BA im November mit dem „Green IT Best Practice Award 2012“ ausgezeichnet.



## E-GOVERNMENT

Die E-Government-Strategie unterstützt mit der Bereitstellung von Dienstleistungen über das Internet die Umsetzung der BA-Strategie 2020. Mit der Erweiterung ihrer Online-Angebote will sich die BA an das veränderte Nutzungsverhalten ihrer Kundinnen und Kunden anpassen. Der Ausbau personalisierter E-Services und durchgängiger automatisierter Prozesse bis hin zur eAkte unterstützt die Umsetzung einer weitgehend papierlosen Verwaltungslandschaft. Zur Unterstützung des E-Government-Ausbaus hat die BA 2012 die Bereitstellung von E-Government-Basisdiensten weiter fokussiert.

Mit dem Aufbau des neuen E-Government-Portals wurde der zentrale Zugang unter **www.arbeitsagentur.de** zu allen Online-Angeboten der BA für 2013 vorbereitet. Die Gestaltung soll dem Portal einen modernen und attraktiven Charakter verleihen. Seit 2011 wurde der Dienst zur einheitlichen Anmeldung der Internetanwenderinnen und -anwender für die Online-Angebote der BA für den neuen Personalausweis erweitert. Damit können die Bürgerinnen und Bürger an neuen medienbruchfreien Prozessen der BA teilhaben.

In einem Kooperationsprojekt mit dem Bundesministerium des Innern wurde analysiert, welche Rahmenbedingungen und Anforderungen bei der Einführung von De-Mail zur sicheren und vertraulichen Kommunikation im Internet in der BA bereits existieren. Insgesamt bereitet sich die BA sowohl fachlich als auch technisch auf die neuen Herausforderungen vor und richtet damit den Ausbau ihrer E-Government-Strategie auf das geplante E-Government-Gesetz aus.

# ANHANG

## CORPORATE-GOVERNANCE-BERICHT

Eine gute Unternehmensführung, größere Effizienz und Transparenz sind für staatliche Unternehmen und Organisationen genauso wichtig wie für private. Deshalb muss sich auch die Führung dieser Unternehmen und Organisationen an der Weiterentwicklung moderner Governance-Strukturen orientieren. Das Bundesministerium der Finanzen als das für die Beteiligungspolitik des Bundes verantwortliche Ministerium hat einen Kodex guter Unternehmensführung des Bundes (Public Corporate Governance Kodex) erarbeitet. Ein Vorbild sind die positiven Erfahrungen mit dem vorrangig an börsennotierte Unternehmen gerichteten „Deutschen Corporate Governance Kodex“. Die BA hat den Public Corporate Governance Kodex als Grundlage genommen, um über ihre Governance-Strukturen zu informieren. Der Corporate-Governance-Bericht der Bundesagentur erscheint im dritten Jahr.

### 1. PRÄAMBEL

In Anlehnung an den Public Corporate Governance Kodex des Bundes legt die BA einen Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2012 vor. Ziel dieses Berichtes ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparent und nachvollziehbar zu machen.

Vorstand und Verwaltungsrat der BA erklären entsprechend Ziffer 6.1 des Public Corporate Governance Kodex des Bundes, dass dessen Empfehlungen grundsätzlich entsprochen wurde und wird. Abweichungen beruhen auf dem Umstand, dass gesetzliche Regelungen Vorrang vor dem Public Corporate Governance Kodex haben.

Die konsequente Trennung von Verantwortung für das operative Geschäft durch die Geschäftsführung und der Kontrolle und Beratung durch die Selbstverwaltung ist gesetzlich verankert. So leitet der Vorstand die BA und führt deren Geschäfte. Er vertritt die BA gerichtlich und außergerichtlich. Die Geschäftsordnung des Vorstands unterliegt dem Zustimmungsvorbehalt des Verwaltungsrats.

### 2. VORSTAND

Der Vorstand der Bundesagentur leitet die Bundesagentur und führt deren Geschäfte. Er besteht aus einem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern (§ 381 SGB III). Der Vorsitzende des Vorstands bestimmt die Richtlinien der laufenden Geschäftsführung unter Berücksichtigung der vom Vorstand mit Zustimmung des Verwaltungsrats aufgestellten oder mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vereinbarten Ziele. Er überwacht die Ausführung der Beschlüsse des Vorstands und die Einhaltung der Eckpunkte der laufenden Geschäftsführung. Hierzu lässt er sich von den Vorstandsmitgliedern und von Führungskräften berichten. Jedes Vorstandsmitglied ist für die ihm zugeordneten Geschäftsbereiche zuständig, nimmt die damit verbundenen Aufgaben innerhalb der Geschäftsführungsrichtlinien selbständig wahr und vertritt insofern den Vorstand nach innen und außen. In der Wahrnehmung dieser Aufgaben sind alle Vorstandsmitglieder gleichberechtigt. Die Leitung der BA erfolgt durch den Vorstand als Kollegialorgan. Der Vorsitzende des Vorstands vertritt insofern den Vorstand nach innen und außen.

Eine Vermögenshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) hat die BA für die Vorstandsmitglieder nicht abgeschlossen. Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Verwaltungsrats wurden nicht gewährt.

Der Vorstand hat im Rahmen der Corporate Governance für die BA ein institutionalisiertes Risikomanagement aufgebaut. Ziel ist die regelmäßige Information des Vorstands über eingetretene und mögliche Risiken in der Zukunft. Diese Kenntnis ermöglicht eine (präventive) Maßnahmenplanung zur Sicherung der Organisation. Es wird halbjährlich ein vertraulicher Bericht über die Risiken in der BA erstellt und vom Vorstandsvorsitzenden dem Präsidium des Verwaltungsrats vorgelegt. Die Verantwortung für die Identifikation von und Maßnahmenplanung bei Risiken obliegt in dem Risikomanagementsystem, entsprechend dem beschriebenen Führungsgedanken, weiterhin den Geschäftsbereichen.

Die Prävention und Bekämpfung korruptiver und sonstiger doloser Handlungen ist als Teil der Aufgabenwahrnehmung der Internen Revision dem Vorstand unmittelbar zugeordnet. Die BA ist Mitglied bei Transparency International.

Die Mitglieder des Vorstands werden auf Vorschlag des Verwaltungsrats von der Bundesregierung benannt und vom Bundespräsidenten ernannt. Die Mitglieder des Vorstands stehen in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstands beträgt fünf Jahre. Mehrere Amtszeiten sind zulässig (§ 382 SGB III).

Die Vergütung der Mitglieder des Vorstands beruht auf vertraglichen Grundlagen, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland vereinbart hat (§ 382 Abs. 6 SGB III).

### 3. VERWALTUNGSRAT

#### 3.1. Aufgaben und Organisation

Der Verwaltungsrat überwacht den Vorstand und die Verwaltung und berät in allen aktuellen Fragen des Arbeitsmarktes (§§ 371, 373 SGB III). Er stellt den vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplan fest (§ 71a SGB IV). Die strategische Ausrichtung und die geschäftspolitischen Ziele der BA unterliegen der Zustimmung des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat besteht aus 21 Mitgliedern. Er setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften zusammen. Jede der drei Gruppen kann bis zu fünf Stellvertreter benennen. Eine Stellvertretung ist nur bei Abwesenheit des Mitglieds zulässig. Vertreter der öffentlichen Körperschaften können dem Verwaltungsrat nicht vorsitzen.

Gemäß § 14 seiner Geschäftsordnung hat der Verwaltungsrat seit November 2004 zwei Ausschüsse gebildet, die entsprechend der Aufgabenverteilung Themen für den Verwaltungsrat vorberaten:

- Ausschuss I, der sich mit strategischen Entscheidungen, Haushalts- und Fragen der Selbstverwaltung beschäftigt und
- Ausschuss II, der Fragen der Arbeitsmarktpolitik, der Arbeitsmarktforschung und der Geldleistungen behandelt.

Beide Ausschüsse beschäftigen sich themenbezogen mit den Prüfberichten der Internen Revision und des Bundesrechnungshofs und nehmen so die Rolle eines Prüfungsausschusses wahr.

Zur Gewährleistung einer kontinuierlichen und zeitnahen Zusammenarbeit mit dem Vorstand hat der Verwaltungsrat ein Präsidium (Artikel 6 Absatz 5 der Satzung der Bundesagentur für Arbeit) gebildet.

Beschlüsse sind dem Verwaltungsrat vorbehalten - d.h. die Ausschüsse und das Präsidium des Verwaltungsrats können nicht an Stelle des gesamten Plenums entscheiden. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse überprüfen die Qualität und Effizienz ihrer Tätigkeit.

### **3.2. Berufungsverfahren**

Die Berufung erfolgt bei Mitgliedern des Verwaltungsrats durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (§ 377 SGB III). Die berufende Stelle hat Frauen und Männer mit dem Ziel ihrer gleichberechtigten Teilhabe in den Gruppen zu berücksichtigen. Arbeitnehmer und Beamte der Bundesagentur können nicht Mitglieder des Verwaltungsrats sein (§ 378 SGB III).

Vorschlagsberechtigt sind für die Gruppe der Arbeitnehmer die Gewerkschaften, die Tarifverträge abgeschlossen haben sowie ihre Verbände, für die Gruppe der Arbeitgeber die Arbeitgeberverbände, die Tarifverträge abgeschlossen haben sowie ihre Vereinigungen, die für die Vertretung von Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberinteressen wesentliche Bedeutung haben. Vorschlagsberechtigt für die Mitglieder der Gruppe der öffentlichen Körperschaften im Verwaltungsrat sind die Bundesregierung für drei Mitglieder, der Bundesrat für drei Mitglieder und die Spitzenvereinigung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften für ein Mitglied (§ 379 SGB III). Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrats beträgt sechs Jahre (§ 375 SGB III).

Die Berufenen haben das Ehrenamt unter Beachtung von Gesetz und sonstigem Recht objektiv und unparteiisch auszuüben. Sie sind an Weisungen der entsendenden Stellen nicht gebunden. Interessenkollisionen in Bezug auf das Ehrenamt sind zu vermeiden. Der Verwaltungsrat empfiehlt grundsätzlich, dass das Mitglied seine Bedenken offenlegt, sollte es sich in einem Interessenskonflikt sehen oder seine Befangenheit im Hinblick auf die anstehende Beratung befürchten.

Mit Mitgliedern des Verwaltungsrats wurden keine Dienstleistungs- und Werkverträge abgeschlossen.

## **4. VERGÜTUNG**

### **4.1. Vergütung des Vorstands**

Während des abgelaufenen Jahres wurden die Geschäfte der BA durch Herrn Frank-J. Weise (Vorstandsvorsitzender), Herrn Heinrich Alt (Vorstandsmitglied) und Herrn Raimund Becker (Vorstandsmitglied) geführt. Die an die Mitglieder des Vorstands ausgezahlten Bezüge beliefen sich im Jahr 2012 insgesamt auf rund 793.000 Euro.

### **4.2. Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats**

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten keine Vergütung. Die Bundesagentur erstattet den Mitgliedern und den Stellvertretern ihre baren Auslagen und gewährt eine Entschädigung in Höhe von 26 € pro Sitzungstag (§ 376 SGB III).

## **5. RECHNUNGSPRÜFUNG**

Für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans, sowie die sonstige Haushaltswirtschaft der Bundesagentur für Arbeit, gelten die Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung sinngemäß. Die allgemeinen Grundsätze der Haushaltswirtschaft des Bundes sind zu beachten (§ 77a SGB IV). Die Jahresrechnung der BA wird durch den Bundesrechnungshof geprüft.

## STATISTISCHE INFORMATIONEN

Statistische Daten zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sowie zu den Geldleistungen (z.B. Arbeitslosengeld, Arbeitslosengeld II, Kurzarbeitergeld) liegen erst mit Zeitverzögerung vor und werden am aktuellen Rand hochgerechnet. Hilfsweise wurde für diesen Bericht auf gleitende Jahressummen oder Jahresdurchschnitte zurückgegriffen.

Für die Darstellung der Eintritte in Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik wurden hochgerechnete Ergebnisse verwendet. Für einige Instrumente (u.a. WeGebAU, IFlaS, Förderung der Teilhabe) und Detailinformationen (z.B. Frauenanteil) wurde auf gleitende Jahreswerte der Monate Oktober 2011 bis September 2012 zurückgegriffen. Förderdaten aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden nur für Jobcenter in der Form der gemeinsamen Einrichtungen berichtet, da hier auch entsprechende Haushaltsdaten vorliegen.

Für die Daten der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger wurden hochgerechnete Ergebnisse für das Jahr 2012 genutzt. Dabei wurden für einige Detailinformationen (z.B. Frauenanteil) für den Bereich der Arbeitslosenversicherung gleitende Jahreswerte der Monate November 2011 bis Oktober 2012 und für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende gleitende Jahreswerte der Monate September 2011 bis August 2012 genutzt.

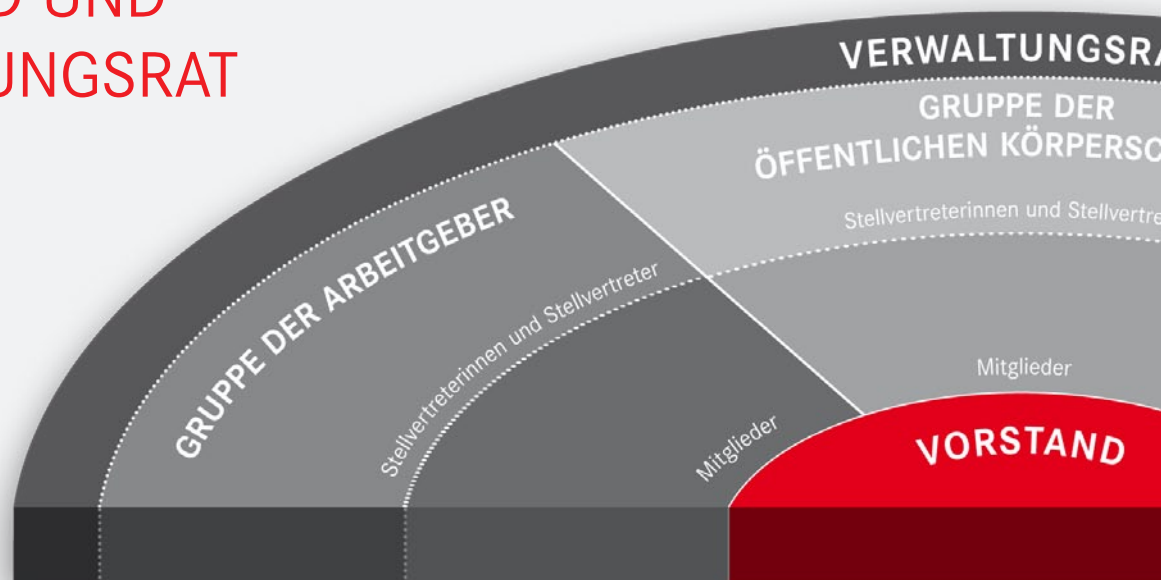
Die Angaben der investierten Mittel spiegeln ausschließlich das Fördergeschehen in den Agenturen für Arbeit bzw. in den Jobcentern (gemeinsamen Einrichtungen) wider und beziehen sich auf das Gesamtjahr 2012.

Die Daten der Arbeitslosigkeit bilden jeweils das Gesamtjahr 2012 ab.

Die Gesamtdaten zur Förderung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente werden ohne Einmalleistungen abgebildet.

Im vorliegenden Geschäftsbericht nicht aufgeführte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und weitere Daten zum Arbeitsmarkt sowie zur Grundsicherung für Arbeitsuchende können Sie im Internetangebot der Statistik der BA unter [statistik.arbeitsagentur.de](http://statistik.arbeitsagentur.de) nachlesen.

# VORSTAND UND VERWALTUNGSRAT



**Frank-J. Weise**  
Vorsitzender des Vorstands

**Heinrich Alt**  
Mitglied des Vorstands

**Raimund Becker**  
Mitglied des Vorstands

## Vorstand



**Bertram Brossardt**  
Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e.V.

**Peter Clever**  
Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände

**Gerhard Handke**  
Bundesverband Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

**Ingrid Hofmann**  
Bundesarbeitgeberverband der  
Personaldienstleister

**Walter Huber**  
Siemens AG

**Holger Schwannecke**  
Zentralverband des Deutschen  
Handwerks

**Gabriele Sons**  
Arbeitgeberverbände der Metall- und  
Elektro-Industrie (Gesamtmittel e.V.)

**Valerie Holsboer**  
Bundesverband der System-  
gastronomie e.V. Arbeitgeberver-  
einigung Nahrung und Genuss e.V.

**Dr. Lutz Mackebrandt**  
Bundesverband der freien Berufe

**Christina Ramb**  
Bundesvereinigung der  
Deutschen Arbeitgeberverbände

**Gabriele M. Walther**  
Allianz Deutscher Produzenten –  
Film & Fernsehen e.V.

**Alexander Wilhelm**  
Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände

**Lothar Gretsch**  
Ministerium für Wirtschaft,  
Arbeit, Energie und Verkehr  
des Saarlandes

**Dr. Alexander Groß**  
Bundesministerium für Wirtschaft  
und Technologie

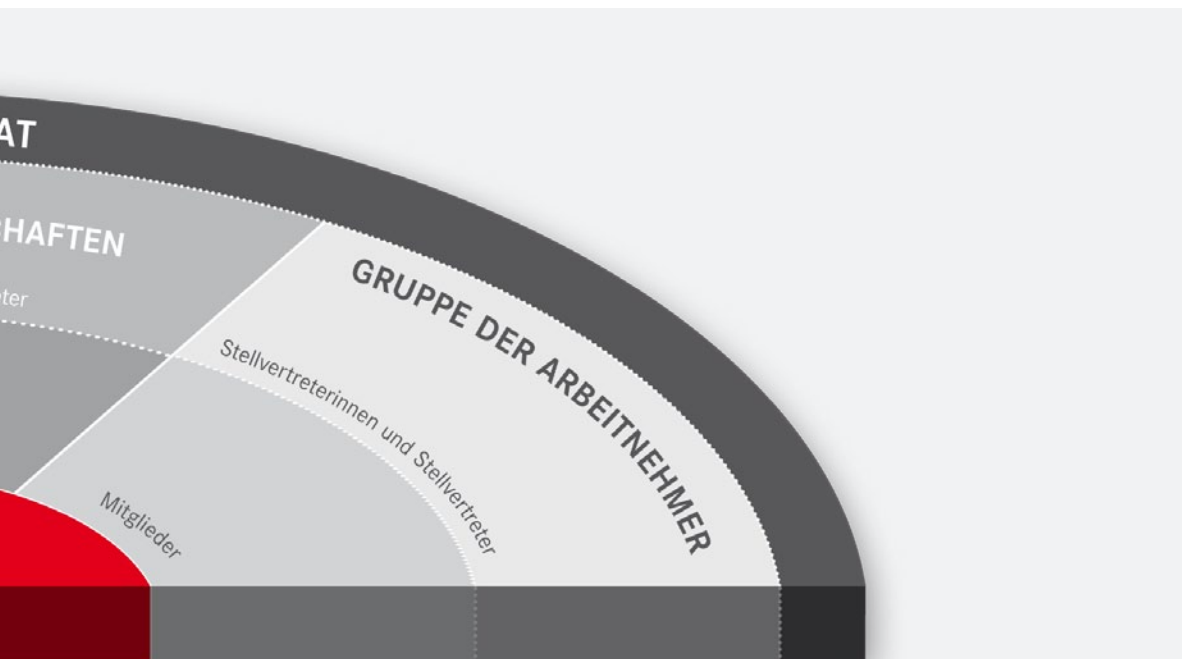
**Kornelia Hugg**  
Bundesministerium für Bildung  
und Forschung

**Barbara Loth**  
Senatsverwaltung für Arbeit,  
Integration und Frauen des  
Landes Berlin

**Dr. Elisabeth Neifer-Porsch**  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales

**Prof. Eberhard Trumpp**  
Landkreistag  
Baden-Württemberg

**Nikolaus Voss**  
Ministerium für Arbeit, Gleich-  
stellung und Soziales des Landes  
Mecklenburg-Vorpommern



**Dr. Thomas Gerhardt**  
Bundesministerium  
der Finanzen

**Verena Göppert**  
Deutscher Städtetag

**Dr. Oliver Liersch**  
Niedersächsisches Ministerium für  
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

**Dr. Wilhelm Schäffer**  
Ministerium für Arbeit, Integration  
und Soziales des Landes  
Nordrhein-Westfalen

**Christiane Voß-Gundlach**  
Bundesministerium für Arbeit  
und Soziales

**Dr. Wilhelm Adamy**  
Deutscher Gewerkschaftsbund

**Egbert Biermann**  
Industriegewerkschaft  
Bergbau, Chemie, Energie

**Annelie Buntenbach**  
Deutscher Gewerkschaftsbund

**Isolde Kunkel-Weber**  
Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft ver.di

**Michaela Rosenberger**  
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-  
Gaststätten

**Dietmar Schäfers**  
Industriegewerkschaft Bauen-  
Agrar-Umwelt

**Dr. Hans-Jürgen Urban**  
Industriegewerkschaft Metall

**Elke Hannack**  
Vereinte Dienstleistungs-  
gewerkschaft ver.di

**Dr. Stefanie Janczyk**  
Industriegewerkschaft Metall

**Stefan Körzell**  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bezirk Hessen-Thüringen

**Dr. Stephanie Odenwald**  
Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft

**Uwe Polkaehn**  
Deutscher Gewerkschaftsbund  
Bezirk Nord

**Verwaltungsrat**



# WICHTIGE EREIGNISSE IM GESCHÄFTSJAHR 2012

## 17. FEBRUAR

Zustimmung des Verwaltungsrats zur bundesweiten Einführung des Basisdienstes eAkte

## 01. MÄRZ

Anpassung der Internen Services in Sachsen-Anhalt/Thüringen an die Strukturen der späteren Operativen Services

## 16. MÄRZ

Verwaltungsrat erlässt Änderungsanordnung zur Einstiegsqualifizierungsförderung

## 16. MÄRZ

Verwaltungsrat erlässt Änderungsanordnung zur Berufsvorbereitungs-Vermittlungspauschale

## 23. MÄRZ

Beschluss des Vorstands zur Neuorganisation der Familienkasse

## 24. UND 25. APRIL

Fachtagung „Gemeinsam erfolgreich“, Erster Tag der gemeinsamen Einrichtungen in Berlin

## 15. JUNI

Wahl von Peter Clever zum Vorsitzenden und Annelie Buntenbach zur stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats

## 22. JUNI

„KURSNET“ und das „BERUFE-Universum“ auf [www.planet-beruf.de](http://www.planet-beruf.de) erhalten den COMENIUS-Preis

## 01. JULI

Beginn der Pilotierung der Operativen Services in Sachsen-Anhalt/Thüringen; Gebietsanpassungen in 83 Agenturen für Arbeit an die Kreisgrenzen; Anpassung weiterer Interner Services an die Strukturen der späteren Operativen Services im gesamten Bundesgebiet

## 13. JULI

Beschluss des Verwaltungsrats zu den Geschäftspolitischen Zielen 2013 der BA im Bereich Arbeitslosenversicherung

## 13. JULI

Verwaltungsrat erlässt die Anordnung zur Förderung von Jugendwohnheimen

## 01. OKTOBER

Gebietsanpassungen in 79 Agenturen für Arbeit an die Kreisgrenzen

## 10. OKTOBER

[www.planet-beruf.de](http://www.planet-beruf.de) erhält die GIGA-Maus 2012 als bestes Programm zum Nachschlagen in der Kategorie „Kinder ab 10 Jahre“

## 26. OKTOBER

Deutscher PR-Preis in der Kategorie „Verbände und Öffentliche Institutionen“

## 26. OKTOBER

Herausgabe einer App über die Statistik der BA

## 09. NOVEMBER

Entlastung des Vorstands der BA für das Haushaltsjahr 2011 durch den Verwaltungsrat

## 09. NOVEMBER

Feststellung des Haushalts der BA für das Jahr 2013 durch den Verwaltungsrat

## 09. NOVEMBER

Zustimmung des Verwaltungsrats zum Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung zwischen BA und Bundesregierung zur Durchführung des Sonderprogramms zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“

## 09. NOVEMBER

Der Verwaltungsrat der BA nimmt die endgültige Version des Strategiepapiers „BA 2020“ zur Kenntnis

## 26. NOVEMBER

Green IT Best Practice Award 2012 in der Kategorie „Energieeffiziente IT-Systeme“

## 12. DEZEMBER

Genehmigung des Haushalts der BA für das Jahr 2013 durch die Bundesregierung

## 13. DEZEMBER

Verwaltungsrat nimmt die Genehmigung des Haushalts der BA 2013 durch die Bundesregierung zur Kenntnis

## 13. DEZEMBER

Einwilligung des Verwaltungsrats in überplanmäßige Ausgaben beim Insolvenzgeld in Höhe von 369 Millionen Euro

**Herausgeber**

Bundesagentur für Arbeit

Vorstand

März 2013

**Der Geschäftsbericht steht hier als Download zur Verfügung:**

**[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)**

→ Veröffentlichungen

→ Geschäftsberichte

→ Geschäftsbericht 2012

